Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.

Gleiche Sicherheit für alle statt NATO-Vorherrschaft

Beiträge zum
17. Dresdner Friedenssymposium
am 21. Februar 2009

DSS-Arbeitspapiere

Heft 94 – 2009

Herausgeber: **D**resdener **S**tudiengemeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V.

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Arbeit im Internet. Sie finden uns unter
http://www.sicherheitspolitik-DSS.de

Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren.

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 20. April 2009 Kostenbeitrag: 4,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ ISSN 1436-6010

Inhaltsverzeichnis

GERDA KRAUSE	Eröffnung	4
PETER STRUTYNSKI	Die Globalisierung der NATO oder die Militarisierung des Globus	5
ERHARD CROME	Gleiche Sicherheit für alle – Alternativen zur NATO	26
MANFRED SAUER	NATO – nicht die Sicherheit, die wir meinen	50
HORST SCHNEIDER	Gedanken zum Kolloquiumsthema *Gleiche Sicherheit für alle statt NATO-Vorherrschaft*	53
HORST SEMMELMANN	Diskussionsbeitrag zum Dresdner Friedenssymposium am 21.02. 2009	55
DETLEV BALD	Das Beispiel vom Primat der Politik – Die Kontrolle der Atomwaffen in der Bonner Republik. Nachträglich eingereichter Beitrag	58

Gerda Krause

Eröffnung

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, liebe Gäste des 17. Friedenssymposiums, ich begrüße Sie alle namens der Sächsischen Friedensinitiative Dresden e.V. auf das Herzlichste. Besonders heißen wir Gäste aus Tschechien, Frau Vera Dymalkova, Herrn Vaclav Dymalkov, Herrn Jaroslav Pesek, und aus Österreich, Herrn Manfred Sauer, sowie unsere heutigen Referenten Dr. Peter Strutynski vom Friedensratschlag Kassel und Dr. Eberhard Crome von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin willkommen.

2009 jährt sich zum 70. Mal der Beginn des Zweiten Weltkrieges, der, von Deutschland ausgehend, Millionen Opfer kostete, weltweit Elend und ungeheure Zerstörungen hervorrief. An seinem Ende gab es nicht nur durch die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald den Schwur *Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!*

Die nach 1989 vermeintlich neue Weltordnung hat sich nicht nur sozial wie kulturell als zerstörerisch erwiesen, sondern erneut als zunehmend kriegerisch und expansiv. Millionen Menschen auf der Welt leiden unter Krieg und Besatzung. Die Kosten der Kriege, der Militärinterventionen, der Aufrüstung lasten bedrückend auf der sozialen Entwicklung. Die NATO mit ihrer neuen Interventionsstrategie ist dabei zu einem wachsenden Hindernis für eine friedliche, gerechte Welt geworden. Deshalb sind die Ziele der UNO-Charta auf der Grundlage des Völkerrechts, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“, aktueller denn je.

Unser Friedenssymposium soll uns deshalb tiefere Einblicke in das gewählte Thema geben, Zusammenhänge verdeutlichen, aber insbesondere auch einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten, denn in wenigen Tagen, Anfang April, werden es wieder Politiker und Militärs sein, die anlässlich des 60. Gründungstages des NATO-Militärbündnisses die Notwendigkeit, die Erfolge und die *friedensschaffenden* Maßnahmen der NATO preisen werden.

Ich wünsche allen interessante Ausführungen unserer Referenten und eine anschließende lebhafte, aber sachliche Podiumsdiskussion.

Gerda Krause,

2. Sprecherin der Sächsischen Friedensinitiative Dresden e.V.

Peter Strutynski

Die Globalisierung der NATO oder die Militarisierung des Globus

40 Jahre lang war das Operationsgebiet des westlichen Militärbündnisses NATO auf den nordatlantischen Raum begrenzt. Dies hatte mit der in dieser Zeit herrschenden Bipolarität der Welt zwischen dem kapitalistischen Westen und dem sozialistischen Osten sowie mit der definierten Aufgabenstellung der NATO zu tun, die westliche Hemisphäre vor einer Ausdehnung des Kommunismus zu bewahren. Mit dem Ende des Realsozialismus und der Auflösung des Warschauer Vertrags 1990/91 begannen sich Selbstverständnis, Ausrichtung und Strategie der NATO fundamental zu ändern. Begünstigt wurde der sicherheitspolitische Paradigmenwechsel, von dem in dieser Zeit allenthalben die Rede war, durch die dramatischen Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in deren Verlauf es zur ungehemmten Durchsetzung neoliberaler Wachstums- und Profitaneignungsmechanismen gekommen war. Der Globalisierung kapitalistischer Warenproduktions- und -austauschverhältnisse schien sich zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kein nennenswerter Widerstand, und schon gar kein militärischer Widerstand, entgegen zu stellen. Sie war vielmehr unhinterfragte Maxime des Transformationsprozesses der ehemals sozialistischen Ökonomien sowie der meisten Entwicklungsstrategien und Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in den Ländern des Südens. Umso mehr mag die Tatsache überraschen, dass die Regierungen der kapitalistischen Führungsmächte im Zusammenspiel mit den militärischen und wirtschaftlichen Eliten die aus dem Kalten Krieg vererbten Bündnisstrukturen aufrecht erhalten, ja diese sogar geografisch weiter ausbauen wollten.

Der Osterweiterung der NATO, so meine zentrale These, wird künftig ihre *Globalisierung* folgen. Warum dies eine logische Konsequenz nicht erst aus dem seit dem 11. September 2001 geführten *Krieg gegen den Terror* ist, sondern dem Wesen des NATO-Bündnisses von Anfang an entspricht, und welche (welt-)politischen Implikationen sich daraus ergeben, möchte ich in sieben Schritten thesenhaft zu zeigen versuchen.

Auf der Tagesordnung der Nachkriegszeit stand kein neuer Militärpakt, sondern das Ende der Militärpakte

Die wichtigste Lehre aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts lautete, dass ein neuerlicher Krieg unter keinen Umständen mehr sein durfte, und zwar weil er – wie Hiroshima und Nagasaki gezeigt hatten – die Selbstauslö-

schung der Menschheit zur Folge haben würde. Die internationale Nachkriegsordnung sollte entsprechend umgestaltet werden, indem einerseits den durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition geschaffenen neuen Realitäten Rechnung getragen wurde und andererseits eine neue Staatenorganisation über den Weltfrieden wachen sollte. In konzentrierter Form schlug sich dies in der Charta der Vereinten Nationen nieder. Neben dem als Gewaltverbot bekannt gewordenen Prinzip enthält die Charta noch die Garantie der souveränen Gleichheit und territorialen Integrität der Staaten sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten.

Vom allgemeinen Gewaltverbot sollte es lediglich zwei eng definierte Ausnahmen geben können: einmal das individuelle oder kollektive Recht auf (militärische) Verteidigung im Fall eines gegnerischen Angriffs (Art. 51 UN-Charta). Zum anderen kann der UN-Sicherheitsrat militärische Maßnahmen anordnen, wenn durch Handlungen eines oder mehrerer Staaten der Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht sind (Art. 39) und alle friedlichen Mittel zur Streitbeilegung erschöpft sind (Art. 42).

Die Instanz, die über den Weltfrieden zu wachen hatte, war – und ist bis heute – der UN-Sicherheitsrat. In ihm spiegelt sich vielleicht am deutlichsten das reale internationale Kräfteverhältnis am Ende des Zweiten Weltkriegs wider. Ganz im Gegensatz zur proklamierten *Gleichheit* aller UN-Mitgliedsstaaten sicherten sich in diesem höchsten Gremium die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs einen ständigen Sitz, der zudem mit einem nur ihnen zustehenden Veto-Recht ausgestattet war. Diese Konstruktion war damals verständlich, weil sie allein eine Garantie für die Errichtung eines stabilen Friedens in Europa und in der Welt zu bieten schien. Japan und Deutschland als die Hauptschuldigen am Weltkrieg sollten nie wieder in die Lage kommen, ihr kriegerisches Haupt zu erheben.

Das genügte aber nicht. Die UNO war ja nur der institutionelle Rahmen einer auf Frieden und internationale Sicherheit zielenden Nachkriegsordnung, bezog sich also vorwiegend auf die Beziehungen zwischen den Staaten. Die Verfasstheit der Staaten selbst fiel in deren eigene Zuständigkeit. Diese grundsätzliche Offenheit gegenüber den gesellschaftspolitischen Grundlagen der Staaten fand indessen keine Anwendung auf die *Feindstaaten* Japan und Deutschland. Denn es war erkannt worden, dass Militarismus, Faschismus und Krieg vor allem ökonomische Ursachen hatten, die in einem besonders stark auf die Interessen des schwer- und rüstungsindustriellen Großkapitals zugeschnittenen aggressiven Kapitalismus/Imperialismus zu suchen waren. Als Lehre daraus wurde beispielsweise für Japan eine Friedensverfassung erlassen. Japan verzichtet nach Art. 9 auf das Recht jedes anderen Staates, eigene Streitkräfte zu besitzen und begnügt sich mit der Aufstellung von *Selbstver-*

teidigungskräften. Dass gegen diesen Artikel später massiv verstoßen wurde und Japan heute über eine der modernsten Armeen der Welt verfügt, ist Ergebnis der Westbindung des Landes und seiner antikommunistischen Grundorientierung.

Auch für das Nachkriegsdeutschland galt zunächst der antifaschistische und antimilitaristische Konsens der Siegermächte, der sich am nachhaltigsten im Potsdamer Abkommen vom August 1945 niederschlug.[1] „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet", heißt es darin, und die dafür notwendigen Maßnahmen waren die vier D: Demilitarisierung („völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann"), Denazifizierung („Vernichtung" der NSDAP und ihrer Unterorganisationen sowie Verbot jeder nazistischen Propaganda), Dezentralisierung (Entflechtung und Entmachtung großkapitalistischer Konzerne und Trusts) und Demokratisierung (lokale Selbstverwaltung „Räte", Zulassung demokratischer politischer Parteien).

Nicht nur die alliierten Siegermächte, sondern auch die demokratischen Bewegungen in fast allen europäischen Ländern waren nach dem Zweiten Weltkrieg davon überzeugt, dass der Kapitalismus alter Art nicht mehr zeitgemäß war. In der öffentlichen Meinung war er weitgehend desavouiert, weil mit ihm die gar nicht so weit zurück liegenden verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise (1929/30) und der Raubzug der deutschen Banken und Industriekonzerne während des Zweiten Weltkriegs assoziiert wurden. Die Überwindung monopolkapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse und die gesellschaftliche Kontrolle der Schlüsselindustrien und Finanzinstitute gehörten damals fast zum Allgemeingut der Demokraten und Sozialisten.[2] Dass sich im Zuge der Nachkriegsentwicklung eine Reihe von Staaten eine andere Gesellschaftsordnung gab (in Mittel- und Osteuropa mit massiver Unterstützung durch die Sowjetunion), entsprach genauso dem Trend der Zeit wie die

---

[1] Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) vom 02.08.1945, in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Befreiung/potsdamer-abkommen.html.

[2] Zum Beispiel verabschiedete der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone im Februar 1947 in Ahlen eine programmatische Erklärung, in der es hieß: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden." Gefordert wurde daher eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung", „die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert." (Das Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom 03.02.1947, in: Website der Konrad-Adenauer-Stiftung; http://www.kas.de/wf/de/33.813/.)

starken radikaldemokratischen und kommunistischen Bewegungen in Ländern der westlichen Hemisphäre wie Griechenland, Frankreich oder Italien.[3]

Die NATO widersprach dem Geist des modernen Völkerrechts

Die Gründung der NATO 1949 als ein Militärbündnis der am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten war von Anfang an also ein problematischer Akt, der weder zur sozialen Orientierung der Nachkriegsökonomien noch zur Charta der Vereinten Nationen passen wollte. Die Gründung der NATO war das letzte Glied einer Reihe von Maßnahmen der westlichen Siegermächte zur Eindämmung dessen, was seinerzeit die *kommunistische Weltrevolution* genannt wurde. Spätestens mit der *Eisernen-Vorhang*-Rede Churchills im Jahr 1946 und der ein Jahr später formulierten Truman-Doktrin[4] war klar geworden, dass der Zweite Weltkrieg in einen Kalten Krieg mündete, dessen Kontrahenten, die Sowjetunion und die USA, zwei gegensätzliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme vertraten. Diese Gegensätze führten schließlich zur Spaltung Deutschlands und brachen selbstverständlich auch in den Nachkriegsgesellschaften auf. Ergänzend zur Truman-Doktrin, die als militärische Drohung aufgefasst werden musste, trat im selben Jahr 1947 der Marshall-Plan, um die Staaten und Gesellschaften westlich des *Eisernen Vorhangs* wirtschaftlich zu stabilisieren und sozial gegen kommunistische Einflüsterungen zu immunisieren.

Die Hauptsorge der Sowjetunion galt der eigenen Sicherheit, wozu die Bildung eines cordon sanitaire, eines Systems vorgelagerter befreundeter Staaten entsprechend den in Teheran, Jalta und Potsdam vereinbarten Hemisphären diente. Es war, wie der große Historiker des 20. Jahrhunderts Eric Hobsbawm feststellte, eine defensive, auf Sicherung des Status quo und auf den inneren Machterhalt gerichtete Außenpolitik.[5] Die Hauptsorge der USA hingegen galt der Abwehr des vermeintlich aggressiven Kommunismus und dessen Eindämmung (containment) bzw. Zurückdrängung (Roll back). Dies begann mit der militärischen Bekämpfung von Aufständen in der eigenen Hemisphäre (zum Beispiel Griechenland) und der Ausarbeitung von Putschplänen, die eine Machtübernahme durch damals starke kommunistische Parteien verhin-

---

[3] Siehe B. Stöver, Der Kalte Krieg 1947 – 1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, Bonn 2007, S. 52 f.

[4] Beide Texte sind dokumentiert in dem Band Bikini. Die fünfziger Jahre: Kalter Krieg und Capri-Sonne. Fotos, Texte, Comics, Analysen, Berlin 1982.

[5] Siehe E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, Wien 1995.

dern sollten (Frankreich und Italien). Dem dienten auch die Einrichtung von Militärstützpunkten rings um die Sowjetunion sowie die Gründung von Militärallianzen in Asien und im pazifischen Raum (CENTO, SEATO und ANZUS).

Die UNO war als ein System kollektiver, das heißt auf Gegenseitigkeit beruhender Sicherheit aller Staaten gedacht und organisiert worden. Ein Militärpakt dagegen geht von aktuellen oder potenziellen Gegnern aus, ist also ausschließend (exklusiv) und nimmt in Kauf, dass die Ausgeschlossenen sich ebenfalls zusammenschließen.[6] Beide – oder noch mehr – Seiten geraten also in das bekannte *Sicherheitsdilemma*, wonach die militärische Organisation des eigenen Schutzes zum Bedrohungsempfinden der anderen Seite beiträgt, die nun ihrerseits sich militärisch zu schützen versucht. So werden dann jegliche Rüstungsanstrengungen als Verteidigungs- oder *Nachrüstungs*-Maßnahmen dargestellt – und zwar auf beiden Seiten. Die NATO widersprach also von Anfang an den Grundsätzen des modernen Völkerrechts.

Dies sah man ihr aber nicht an, da sie sich in ein völkerrechtliches Mäntelchen hüllte. Ihre Gründungsurkunde, der Washingtoner Vertrag vom 4. April 1949[7], war so sehr der UN-Charta nachempfunden, dass man den entstehenden Militärpakt fast für eine Unterorganisation der Vereinten Nationen halten konnte oder – wie ich das an anderer Stelle getan habe – schlicht für einen *Bastard*.[8] Schon in der Präambel bekunden die Vertragsparteien „ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben". Artikel 1 und Art. 7 des NATO-Vertrags sind so stark an Formulierungen der UN-Charta angelehnt, dass man sich fragen muss, warum es eines solchen Bündnisses überhaupt bedarf.

---

[6] Zu dieser Unterscheidung siehe D. Deiseroth, Fundamentale Differenz. Ist die NATO ein Verteidigungsbündnis oder ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit"?, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 01/2009, S. 12-16.

[7] Siehe Nordatlantikvertrag, BGBl, 1955 II, S. 289, in der Fassung des Protokolls zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt des Königreichs Griechenland und der Türkischen Republik vom 17.10.1951 (BGBl, 1955 II, S. 293); http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/NATO-Vertrag.html.

[8] Siehe P. Strutynski, Die NATO – illegitimes Kind des Zweiten Weltkriegs, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung Th. Roithner, Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses, Münster usw. 2008, S. 134-146.

Hinzu kommen zwei Einschränkungen der Reichweite des Militärbündnisses. Einmal betraf dies seine geografische Begrenzung auf das „nordatlantische Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses“ (Art. 6). Militäroperationen außerhalb dieses Raums, also *out of area* – seit dem Krieg gegen Jugoslawien und dem neuen *Krieg gegen den Terror* schon fast zur Regel geworden – waren nicht vorgesehen und vertragswidrig. Die zweite Einschränkung ist inhaltlicher Art und wird bis zum heutigen Tag in der öffentlichen Debatte gern übersehen. Nach Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichten sich die Vertragspartner zum Beistand für den Fall, dass ein oder mehrere Mitglieder angegriffen werden. Ausdrücklich wird hierbei auf das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäß Art. 51. der UN-Charta verwiesen. Es bleibt den NATO-*Parteien* aber vollkommen selbst überlassen, welcher Art ihr Verteidigungsbeitrag ist, „indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“

Von einer Mitgliedschaft der 1949 gegründeten alten Bundesrepublik in der NATO konnte zu Beginn noch keine Rede sein. Die westliche Welt war noch nicht bereit, den Nachfolgestaat des Dritten Reiches umstandslos in die eigene Wertegemeinschaft aufzunehmen. Die Furcht vor einem möglicherweise wieder erwachenden deutschen Militarismus war nach wie vor allgegenwärtig.[9] Diese Furcht war auch 1955 noch nicht vergessen, als Westdeutschland der NATO beitrat. Der damalige Generalsekretär der NATO Lord Ismay brachte die durchaus gemischte Gefühlslage des Bündnisses darin zum Ausdruck, dass er ihr die dreifache Aufgabe zuwies, „to keep the Russians out, the Americans in and Germany down“.[10] Den „Russians“ blieb nichts anderes übrig, als mit der 1955 erfolgten Gründung des *Warschauer Vertrags* ein militärisches Gegenstück zur NATO ins Leben zu rufen – die logische Konsequenz aus dem oben beschriebenen Sicherheitsdilemma.

---

[9] Es gab aber auch andere Vorbehalte. So gab zum Beispiel Dänemark seinen Widerstand gegen einen Beitritt der BRD in die NATO erst auf, als sich bei den Pariser Gesprächen 1954 eine für Dänemark zufriedenstellende Lösung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein abzeichnete. (Siehe L. Rerup, Ein Vorbild für Europa. Vom deutsch-dänischen Grenzstreit zur guten Nachbarschaft, in: R. Bohn (Hrsg.), Deutschland, Europa und der Norden, Ausgewählte Probleme der Nordeuropäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 4.

[10] J. Varwick, W. Woyke, NATO 2000. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 1999, S. 49.

Die NATO trägt die Hauptverantwortung für die Eskalation der Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg

Die Geschichte der NATO wird heute vielfach als *Erfolgsgeschichte* bezeichnet, und zwar von denjenigen, die zur Westbindung und zur Restauration kapitalistisch-imperialistischer Verhältnisse keine Alternative gelten lassen wollten. Das sind auch diejenigen, die die *Freiheit* im Westen genauso gut aufgehoben sahen wie sie deren totale Unterdrückung im Osten behaupteten. Sie sahen auch nie ein Problem darin, dass durch die Ost-West-Blockkonfrontation die Welt nicht nur 40 Jahre lang in Atem gehalten, sondern auch an den Rand einer atomaren Katastrophe gedrängt wurde. Ich erinnere hier vor allem an den NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der die Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, der so genannten Cruise Missiles und Pershing II, in Westeuropa vorsah, womit das Ziel verfolgt wurde, einen atomaren Enthauptungsschlag gegen die Sowjetunion durchzuführen. Ein zweifelhafter *Erfolg* war auch die gigantische nukleare und konventionelle Hochrüstung der beiden Blöcke, die den Volkswirtschaften ebenso gigantische Mittel zur Lösung dringender Menschheitsprobleme wie Hunger, Armut und Massenarbeitslosigkeit entzog.

Auch wenn diese Geschichte heute nicht mehr gern gehört wird: Ich vertrete die These, dass alle wesentlichen Rüstungsschübe und alle gefährlichen Zuspitzungen im Kalten Krieg, einschließlich der Kuba-Krise 1961, die immer so gern den Sowjets in die Schuhe geschoben wird, vom Westen ausgingen. Und dies, obwohl oder gerade weil der Westen respektive die USA wussten, dass die Sowjetunion in der Nachkriegszeit keine Bedrohung für den Westen darstellen würde. Dies war schon so, als die NATO noch gar nicht existierte.[11] Im Januar 1945 war den Geheimdiensten der USA durchaus bewusst, dass die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg derartig nachhaltig zerstört worden war, dass sie nach dem Krieg alles daran setzen würde, „um internationale Konflikte zu vermeiden“. Dennoch verabschiedeten die Stabschefs der USA bereits im September 1945 ein Memorandum, das der Regierung empfahl, bei künftigen Konflikten mit der Sowjetunion zum *Erstschlag* bereit zu sein. Dies war anfänglich noch auf die konventionelle Kriegführung bezogen, wurde später aber auch prägend für die Nuklearkriegsstrategie der USA. Ein erster entsprechender Plan wurde bereits im November 1945 ausgearbeitet. In der Geheimdienst-Direktive JIC 329 wurden für den Fall einer „bevorstehen-

[11] Siehe hierzu und zum Folgenden J. Bruhn, Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion. Der US-militär-industrielle Komplex und seine Bedrohung durch Frieden, Gießen 1995.

den sowjetischen Aggression", von der man wusste, dass sie nicht bevorstand, 20 strategische Ziele für ein „limited atomic air attack" vorgeschlagen. Darunter befanden sich die größten urbanen und industriellen Zentren der Sowjetunion wie Moskau, das damalige Leningrad und das damalige Stalingrad, Tiflis, Swerdlowsk, Gorki, Nowosibirsk, Baku und Omsk. Diese Planungen weiteten sich Ende der 40er Jahre zu Szenarien aus, in denen 50 bis 100 Städte und Industrieregionen der UdSSR der atomaren Vernichtung preisgegeben werden sollten. In den 50er Jahren wurden sie Bestandteil der NATO-Strategie der *flexible response*. In der *Dropshot*-Studie der Joint Chiefs of Staff von 1949 wurde ein NATO-Krieg bis zum *Sieg* durchdekliniert. Er beruhte auf dem Abwurf von „ca. 300 Atombomben", welche die Schlüsselindustrien und die Lebensadern des Landes lahm legen und die „Führungsschicht und die Kommandozentren der Sowjetunion" ausschalten sollten.

Die Ersteinsatzdoktrin der USA war stets auch Teil der NATO-Nuklearplanung und ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Ergänzt wurde sie in der 80er Jahren um die Vorstellung, man könne die Sowjetunion mit einem *Enthauptungsschlag* eines Teils ihrer atomaren Zweitschlagskapazität berauben. Hierzu sollten neuartige zielgenaue ballistische Raketen vom Typ Pershing II sowie kleine Flügelflugzeuge (Cruise Missiles) mit einer Reichweite von 1.100 km in Europa stationiert werden. Diese Konzeption ging über das bisherige strategische Denken insofern hinaus, als ein Atomkrieg nun für führbar gehalten wurde. Die gegenseitige nukleare Abschreckung (M.A.D. war entweder als *Mutually assured destruction* oder als *Mutual Atomic Deterrence* zu lesen), die gegolten hatte, seit die Sowjetunion über Atomwaffen verfügte, wurde damit noch während des Kalten Kriegs aufgegeben.

Das vielleicht nachhaltigste *Erbe* des Kalten Kriegs war indessen das in dieser Zeit aufgehäufte Waffenarsenal. Der Kalte Krieg hat die Welt „in einem Maß mit Waffen angefüllt, das jeder Beschreibung spottet", schreibt Eric Hobsbawm in seiner Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.[12] Das 40 Jahre andauernde Wettrüsten hat nicht nur die beiden Hauptkontrahenten bis an die Zähne bewaffnet – und in atomarer Hinsicht vielfache *Overkill*-Kapazitäten geschaffen –, sondern hat auch die übrige Welt mit Waffen versorgt. Mit ihnen wurden die vielen *kleinen Kriege* und Stellvertreterkriege in der Dritten Welt bestritten, die nach dem Ende der Blockkonfrontation keineswegs aufhörten, sondern sich in bestimmten Regionen sogar noch verschärften.

---

[12]Siehe E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, a.a.O., S. 320.

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung ist die NATO sogar noch gefährlicher geworden

Das wahre Gesicht der NATO enthüllte sich vielen Menschen eigentlich erst nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation. Die Ratlosigkeit der Militärs, Rüstungslobbyisten und Sicherheitspolitiker 1989/91 war aber von erstaunlich kurzer Dauer. Nachdem der äußere Feind nicht nur abhanden gekommen war, sondern sich teilweise sogar zu einem Verbündeten wandelte, erfand sich die NATO neu. 40 Jahre lang als militärisches Bollwerk gegen den vermeintlich aggressiven Kommunismus in Gestalt des Warschauer Pakts unter Führung der atomaren Supermacht Sowjetunion waren mit dem Mauerfall 1989 und der Auflösung von UdSSR und Warschauer Vertrag 1991 unwiderruflich zu Ende. An die Stelle militärischer Bedrohung mussten nun – aus einer Art Selbsterhaltungstrieb des Militärs heraus – neue Arten von Bedrohungen und Risiken konstruiert werden, die eine Aufrechterhaltung des militärisch-industriellen Komplexes rechtfertigten.

Dies gelang der NATO auf kreative Weise. Ob es um die Bevölkerungs*explosion* in der Dritten Welt ging oder um das Weltklima und die dünner werdende Ozonschicht, um Armut, Verelendung und Migrationsströme (aus dem *Süden*) oder um Engpässe im weltweiten Nahrungsmitteldargebot, um Energieknappheit oder schwer zugängliche andere Ressourcen – für all diese offenkundig nicht militärischen Risiken erklärte sich die NATO zuständig. Das Zauberwort, von dem sich damals auch die Friedensforschung infizieren ließ, hieß *erweiterter Sicherheitsbegriff*.

Im November 1991 verabschiedete der NATO-Gipfel in Rom ein neues strategisches Konzept. Dieses Konzept, die *Römische Erklärung*, enthielt die strategische Neuorientierung des ursprünglich auf Verteidigung ausgelegten Militärbündnisses. Die Gefahr eines „großangelegten, gleichzeitig an allen europäischen NATO-Fronten vorgetragenen Angriffs“ sahen die NATO-Strategen als „praktisch nicht mehr gegeben“ an. In einer solchen Lage fällt es natürlich schwer, den eigenen Militärapparat weiter zu legitimieren. Also wurde die alte Bedrohung durch eine neue Art von Bedrohung ersetzt. In der Erklärung von Rom heißt es: „Sie (die neuen *Risiken* – d.A.) sind eher Konsequenz der Instabilität, die aus den ernsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenübersehen.“ (Ziffer 10).

Und Ziffer 9 formuliert: „Im Gegensatz zur Hauptbedrohung der Vergangenheit sind die bleibenden Sicherheitsrisiken der Allianz ihrer Natur nach vielgestaltig und kommen aus vielen Richtungen, was dazu führt, dass sie

schwer vorherzusehen und einzuschätzen sind. Die NATO muss fähig sein, auf derartige Risiken zu reagieren …“

Das haben sich die Militärs, die in dieser schwersten Stunde ihres Lebens um eine Zukunftsperspektive ihres Berufsstands rangen, wirklich fein ausgedacht: Um sich vor „unvorhersehbaren“ Risiken „aus allen Richtungen“ zu schützen, kann im Grunde genommen alles und jedes an Bewaffnung und Ausrüstung gefordert werden. Denn man muss ja auf alle Eventualitäten gefasst sein.

In der Römischen Erklärung 1991 wurden auch schon die – etwas konkreteren – Herausforderungen genannt, denen sich die NATO zuwenden müsse. Neben dem klassischen Fall eines Angriffs auf das Bündnisgebiet, was aber faktisch ausgeschlossen ist, habe die Sicherheit des Bündnisses auch den „globalen Kontext“ zu berücksichtigen: „Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten.“ (Ziffer 13).

Diese „Risiken“ blieben stilbildend für alle weiteren Strategiepapiere der NATO, aber auch für nationale Militärdoktrinen etwa der Vereinigten Staaten (Nationale Sicherheitsstrategie, NSS, zuletzt 2006), der Bundesrepublik Deutschland (Verteidigungspolitische Richtlinien, VPR, zuletzt 2003) oder auch der Europäischen Union (Europäische Sicherheitsstrategie, ESS, 2003).

Humanitäre Interventionen und *Krieg gegen den Terror*. Die NATO im Dauerkriegszustand

Der UN-Sicherheitsrat und die NATO haben sich nach Ende der Blockkonfrontation in den 90er Jahren Stück für Stück über die oben erwähnten klaren völkerrechtlichen Vorgaben der UN-Charta hinweggesetzt. Einen Türöffner stellte dabei der Begriff der *humanitären Intervention* dar. Er ist nicht erst beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien erfunden worden, sondern spielte schon bei Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats im Fall des Irak 1991 – und zwar nach dem Golfkrieg – eine Rolle. Damals wurden die grenzüberschreitenden Flüchtlingsströme als Bedrohung des „internationalen Friedens und der Sicherheit in der Region“ eingestuft. In der Resolution 688 (1991) wird der Irak aufgefordert, humanitären Organisationen überall dort sofortigen Zugang zu ermöglichen, wo Hilfe benötigt wird, und zwar in „allen Teilen des Irak“. Der Irak sollte darüber hinaus gezwungen werden, die Unterdrückung der Zivilbevölkerung in den kurdischen Gebieten einzustellen und die Menschenrech-

te zu achten.[13] Ein Jahr später werden die UN-Mitgliedstaaten ermächtigt, durch Übernahme des inneren Gewaltmonopols in einem anderen Mitgliedstaat, nämlich Somalia, „Recht und Ordnung wieder herzustellen" (Res. 794, 1992).[14] Auch andere Interventionsschauplätze wie Haiti, Bosnien, Kosovo (hier gab es kein UN-Mandat) und neuerdings Afghanistan und Irak (beide zunächst ohne Mandat, aber mit nachträglicher faktischer Legitimierung durch den UN-Sicherheitsrat) haben gezeigt, dass mit Militärinterventionen kein nachhaltiger Frieden gestiftet werden kann.

Zur Argumentationsfigur von der *Intervention aus humanitären Gründen* kamen seit dem 11. September 2001 der *Krieg gegen den Terror* und der *Regimewechsel* bzw. die *umgestaltende Diplomatie* (*transformational diplomacy*) hinzu.[15] Damit halten sich die USA und ihre wechselnden Koalitionen der Willigen an ihre neue Doktrin, in der dem Terrorismus als globale Gefahr eine prominente Rolle zugedacht ist, zumal dann, wenn er verdächtigt wird, sich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu bringen. Nüchtern betrachtet ist der internationale Terrorismus zur Legitimation von illegaler Gewalt noch viel besser geeignet als die drohende humanitäre Katastrophe oder die Menschenrechtslage. Letztere lassen sich nämlich zuverlässiger belegen. Terrorgefahren dagegen lauern potenziell überall. Nur die Geheimdienste und andere verdeckt arbeitende Ermittler verfügen über die Informationen, die zur annähernden Einschätzung der wirklichen Bedrohung nötig wären. Dieselben Geheimdienste sind es aber auch, die aus politischen Gründen Gefährdungen konstruieren oder aufbauschen können, ohne dass dies von der Öffentlichkeit nachgeprüft werden könnte. Wir haben das beim zweiten Golfkrieg 1990/91, beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 und beim Irakkrieg 2003 gesehen. Hinzu kommt die extensive Ausübung illegaler und illegitimer Gewalt

---

[13] In der Resolution 688 (1991) wird Kap. VII der UN-Charta zwar nicht direkt erwähnt; über den Hinweis auf die Bedrohung des „internationalen Friedens" ist indessen der Bezug zu Kap. VII hergestellt, denn diese Formulierung findet sich in Art. 39, womit das Kap. VII eingeleitet wird.

[14] Hierzu argumentiert ausführlich W. Ruf, Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der „Dritten Welt", Münster 1994, S. 143 ff.

[15] Letzteres war eine Schöpfung der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice. Siehe Umgestaltende Diplomatie – Transformational Diplomacy. US-Außenministerin Condoleezza Rice erläutert die neue Strategie der Vereinigten Staaten, in: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Weltordnung/rice.html.

(zum Beispiel *Rendition*, Geheimgefängnisse, Folter) durch die Geheimdienste in ihrem *Antiterror-Krieg*.[16]

Afghanistan ist heute das markanteste Beispiel für den Anspruch der NATO, weltweit den *Krieg gegen den Terror* mit einem humanitären Anliegen, nämlich dem Export von Demokratie und Menschenrechten, zu verbinden. Der Afghanistan-Einsatz ist 2001 – zum ersten Mal in der Geschichte der NATO – mit dem *Bündnis*- bzw. Verteidigungsfall begründet worden. Doch auch in Afghanistan geht es dem Westen vor allem um die interessante geostrategische Lage. Afghanistan liegt inmitten einer Region, in der nahezu die Hälfte der Menschheit lebt und die über zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorkommen verfügt. Afghanistan ist somit eine der begehrtesten strategischen Regionen der Erde, geradezu prädestiniert als eine Art terrestrischer Flugzeugträger und Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Wer wollte hier nicht das Sagen haben?!

Der frühere Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski schrieb 1997[17]: Für die „globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas" werde es „von entscheidender Bedeutung sein, wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird". Der „eurasische Kontinent" ist also das „Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird". Zehn Jahre später hat Brzezinski in dem Buch *Second Chance* eine Bilanz der US-Außenpolitik der letzten drei Präsidenten, insbesondere der Bush-Ära gezogen.[18] Das Ergebnis seiner Analyse: Der ausgeprägte Unilateralismus und die brachiale Kriegspolitik der US-Administration der letzten acht Jahre haben die USA vom Erreichen ihrer geopolitischen Ziele – an denen Brzezinski selbstredend festhält – weit entfernt. Aus der Rationalität der Hegemonialmacht USA haben Bush und Konsorten alles falsch gemacht, was falsch zu machen war. Sie haben einen Keil durch Europa getrieben und sich (fast) die ganze arabische oder muslimische Welt zum Gegner gemacht. „15

---

[16] Darauf macht ein im Februar 2009 für den UN-Menschenrechtsrat erstellter Bericht aufmerksam: PROMOTION AND PROTECTION OF ALL HUMAN RIGHTS, CIVIL, POLITICAL, ECONOMIC, SOCIAL AND CULTURAL RIGHTS, INCLUDING THE RIGHT TO DEVELOPMENT. Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism, Martin Scheinin, A/HRC/10/3, 4 February 2009; http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/10session/A.HRC.10.3.pdf.

[17] Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M. 1997.

[18] Z. Brzezinski, Second Chance: Three Presidents and the Crisis of American Superpower, Basic Books 2007. Übersetzung der folgenden Zitate - d. A.

Jahre nach seiner Krönung als globale Führungsmacht wurde Amerika eine furchtbare und einsame Demokratie in einer politisch antagonistischen Welt". Lediglich auf dem militärischen Sektor sind die USA heute stärker als nach dem Ende der Sowjetunion. Doch die Fähigkeit des Landes, „zu mobilisieren, zu inspirieren, eine bestimmte Richtung vorzugeben und somit die globalen Realitäten zu gestalten", diese Fähigkeit sei „signifikant gesunken". Amerika müsse, um wieder zu wirklicher Größe aufzusteigen, Glaubwürdigkeit und Legitimität zurückgewinnen. Und der künftige Präsident müsse all sein politisches und diplomatisches Geschick einsetzen, um eine wahrhaft postbipolare „globalistische" Außenpolitik zu gestalten.

Es gibt keinen Zweifel, dass Barack Obama diese Rolle auf den Leib geschnitten ist. Viel besser als sein Amtsvorgänger verkörpert er auch jene Richtung in der internationalen Politik, die sich von einer größeren Verantwortung gegenüber der Zukunft der Menschheit und der sie umgebenden Natur leiten lässt.

Unter dem Begriff *Responsibility to Protect*, auf der entsprechenden Website unter dem Label „R2P" gehandelt, wird der an sich nicht unsympathische Gedanke propagiert, dass die Weltgemeinschaft eine Verantwortung auch für die Menschen übernehmen muss, deren Staaten zu schwach oder deren Regierungen nicht gewillt sind, einen ausreichenden Menschenrechtsschutz für ihr Staatsvolk zu gewährleisten.

Auf kanadische Initiative wurde im Jahr 2000 eine 12-köpfige *International Commission on Intervention and State Sovereignty* (ICISS) eingerichtet, der eine Reihe ehemaliger hochrangiger Politiker und Militärs angehörte, aus Deutschland zum Beispiel der Vier-Sterne-General Klaus Naumann, der in seinen letzten aktiven Jahren Vorsitzender des Militärkomitees der NATO war. Ein Jahr später veröffentlichte ICISS ihren Bericht mit dem Titel *The responsibility to protect*. Die zentrale These der Autoren ist, dass „souveräne Staaten eine Verantwortung haben, ihre eigenen Bürger vor vermeidbaren Katastrophen – vor Massenmord und Vergewaltigung, vor Hunger – zu schützen, dass aber, wenn sie nicht willens oder nicht fähig dazu sind, die Verantwortung von der größeren Gemeinschaft der Staaten getragen werden muss."[19] In solchem Fall würde der Grundsatz der Nicht-Intervention zugunsten der internationalen Schutzverantwortung aufgegeben.

---

[19] ICISS, International Commission on Intervention and State Sovereignty, THE RESPONSIBILITY TO PROTECT, Ottawa 2001, S. VIII. Übersetzung - d. A.

Dieses Konzept wird seit der Veröffentlichung des Papiers in internationalen Gremien kontrovers diskutiert und fand letztlich Eingang in die Abschlusserklärung des Millennium+5-Gipfels 2005. Allerdings nicht als verbindliche Rechtsnorm, wie Interventionsbefürworter hier zu Lande fälschlicherweise gern behaupten, sondern als Prüfauftrag an die Generalversammlung.

Das Konzept der *Responsibility to protect* war von der Entstehung her eine Reaktion auf die vorangegangenen Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien. Den Autoren ging es darum, ähnlich gelagerte Fälle militärischer Interventionen politisch und moralisch zu rechtfertigen, und zwar dann, wenn sechs Kriterien erfüllt sind:[20]

- **Just Cause:** Es muss ein gerechter Grund vorliegen. Der kann entweder darin gesehen werden, dass eine große Anzahl von Menschenleben auf dem Spiel steht, oder dass in einem größeren Umfang ethnische Säuberungen geschehen oder zu befürchten sind (*apprehended*).
- **Right Intention:** Einer Militärintervention muss eine *richtige Absicht* zu Grunde liegen. Der Sturz eines Regimes gehöre zwar nicht dazu, sei aber häufig nicht zu vermeiden, um einer Bevölkerung wirksam zu helfen. Ebenso wenig sei die Besetzung eines Landes eine *right intention*. Auch sie sei aber manchmal – zumindest vorübergehend – unumgehbar.
- **Last Resort:** Eine Militärintervention sei nur als letztes Mittel vorzusehen, nachdem alle vorausgegangen Instrumente der Prävention und der zivilen Hilfe gescheitert sind. Allerdings: Man kann diese Schritte auch überspringen und gleich intervenieren, wenn es *vernünftige Gründe* gibt anzunehmen, dass die nicht-militärischen Maßnahmen keinen Erfolg haben würden.
- **Proportional Means:** Ein Kriegseinsatz muss die Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten und sich strikt an das humanitäre Kriegsvölkerrecht (Haager Landkriegsordnung, Genfer Konventionen) halten. Wollte man dieses Kriterium wirklich ernst nehmen, dann hätten die Kriege gegen Irak 1991, gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan und gegen Irak 2003 nicht stattfinden dürfen.
- **Reasonable Prospects:** Eine Militärintervention könne nur verantwortet werden, wenn eine Aussicht auf ihren Erfolg besteht, das heißt es müsse zumindest eine Verbesserung der Lage absehbar sein. Auch wenn die zu erwartenden Kosten der Intervention unakzeptabel hoch sind, müsse von einer Militäraktion Abstand genommen werden. Da letzteres immer der Fall sein dürfte, wenn ein permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrats

[20] Siehe ebenda, S. 32 ff.

oder andere *größere Mächte* Objekt einer Intervention würden, verbieten sich nach Meinung des ICSS alle Gedankenspiele, gegen solche Staaten vorzugehen. Dem Argument, hiermit von vornherein doppelte Standards (double standards) gelten zu lassen, entgegnen die Autoren mit dem Hinweis auf die „Realität".

- **Right Authority:** Schließlich müsse eine Militärintervention von einer anerkannten Autorität angeordnet werden. Dies könnten die Vereinten Nationen – zuerst der Sicherheitsrat, wenn der untätig bleibt oder blockiert ist, die Generalversammlung – oder eine beliebige regionalen Organisation (EU, AU). Im äußersten Fall können dies aber auch *Ad-hoc-Koalitionen* oder sogar einzelne Staaten übernehmen.

Man sieht: So diplomatisch und völkerrechtlich gewandet die Argumentation des ICSS auch ist, sie mündet immer wieder in die prinzipielle Zulässigkeit militärischer Interventionen zum vermeintlichen oder vorgeblichen Schutz von Menschen. Völkerrechtliche Bindungen sind dann zu umgehen, wenn es sich um Situationen handelt, die das Gewissen der Menschen berühren (*conscience-shocking situation*). Damit ist ein breiter Korridor sowohl für Interpretationen als auch für die mediale Zubereitung solcher Situationen eröffnet. Der zweite Golfkrieg 1991, der Kosovo-Krieg 1999, der Irak-Krieg 2003, alle begannen mit oder wurden mit Lügen vorbereitet. Und alle größeren Kriege der postbipolaren Ära wurden vom Westen geführt – zum angeblichen Schutz von Menschen, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung und der Entsouveränisierung schwacher Staaten der Dritten Welt schutzlos geworden sind. Diesen Punkt betont Elmar Altvater, wenn er schreibt, „dass die Unterminierung von menschlicher Sicherheit durch jene Mächte verursacht wird, die dann die Schutzverantwortung für Bevölkerungen übernehmen, die die Sekundärfolgen der Untergrabung der menschlichen Sicherheit zu erleiden haben".[21] Mit anderen Worten: Der Brandstifter ist gleichzeitig die Feuerwehr und die *löscht*, indem sie Öl ins Feuer gießt.

Der *Krieg gegen den Terror* ist nur der Vorwand für eine globale Ressourcensicherungspolitik der NATO

Das erweiterte Bedrohungsszenario der NATO seit Beginn der 90er Jahre enthielt auch die Gefahr, dass der Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen unterbrochen werden könne. Dass die NATO in solchen Fällen gefragt sein

[21] E. Altvater, Die Kriege der Armen mit den Waffen der Reichen. Regionale Konflikte und ihre globalen Ursachen, in: ÖSFK (Hrsg.), Globale Armutsbekämpfung – ein trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien? Münster, Wien 2009, S. 72.

würde, und zwar weltweit, hatte die 1999 verabschiedete neue Sicherheitsstrategie deutlich gemacht.[22] Die Terroranschläge des 11. September 2001 veranlassten die NATO schließlich, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, den Bündnisfall auszurufen. Der *Krieg gegen den Terror* ist seither eine Daueraufgabe des Bündnisses zu seiner eigenen Verteidigung nach Art. 5 des Washingtoner Vertrags. Dass es sich hierbei in Wahrheit um einen verdeckten Krieg um Ressourcen und geostrategische Interessen handelt, kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Auch die weiter oben genannten Interventionsgründe (Menschenrechtsschutz usw.) gehören in diese Kategorie. Frappierend ist zumindest der zeitliche Zusammenfall der Genesis der neuen Interventionsrhetorik der NATO mit ihrer Rohstoff- und Energieorientierung. Insbesondere das Energiethema ist zum Top-Thema der NATO in den letzten Jahren geworden. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten wird die Richtung angegeben. Es geht um die „Erschließung neuer Quellen und Arten globaler Energie, insbesondere in der westlichen Welt, Afrika, Zentralasien und der Kaspischen Region.[23] Und die Münchner Sicherheitskonferenz 2006 beschäftigte sich ausschließlich mit dieser Frage.[24]

Diese neue Orientierung verkörpert wie kaum ein anderer der neue Nationale Sicherheitsberater der Obama-Administration James Jones. US-General Jones war von 2003 bis 2006 Oberkommandierender der NATO in Europa (SACEUR) und in dieser Zeit vor allem auf zwei Ebenen wirksam: Einmal sorgte er sich um die *Transformation* der NATO aus einem Verteidigungsbündnis (nach Art. 5 des Washingtoner Vertrags) in ein Interventionsbündnis. Unter seiner Ägide wurde insbesondere das NATO-Eingreiftruppen-Konzept entwickelt. Zum anderen beförderte er die Neuausrichtung der NATO auf die (weltweite) Sicherung von Energieressourcen.[25]

---

[22]Siehe Das neue strategische Konzept der NATO. In: Friedensmemorandum 2000, Hrsg. Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel 2000, http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/memorandum/NATO-Strategie.html.

[23]Siehe Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika, September 2002, Kap. VI; http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/doktrin-lang2.html.

[24]Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hielt zum Beispiel eine programmatische Rede unter dem Titel: Energiepolitik ist auch Friedenspolitik. Siehe: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2006-steinmeier.html.

[25]Siehe hierzu und zum Folgenden das sehr materialreiche Papier von R. Rozoff, Energy War, Washington's New Kissinger's African Plans, Januar 2009, unveröffentlichtes Manuskript.

So sah er es als seine Aufgabe an, die Erkenntnisse aus dem so genannten Cheney-Report vom Mai 2001[26] in militärische Planung umzusetzen. Das hieß insbesondere, die USA und die NATO in die Lage zu versetzen, politische Kontrolle über die aus deren Sicht drei wichtigsten Energie-Regionen zu gewinnen: den Persischen Golf, das Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer und den westafrikanischen Golf von Guinea. Jones gilt denn auch als Architekt von AFRICOM, dem neuen US-Kommando für Afrika, das 2007 beschlossen wurde und im Oktober 2008 in Stuttgart offiziell seine operative Arbeit aufnahm.[27]

Von US-amerikanischen Kommentatoren und Leitartiklern wird der neue Sicherheitsberater Obamas schon heute in einem Atemzug genannt mit solchen Größen wie Henry Kissinger (der diesen Posten unter Präsident Richard Nixon innehatte) und Zbigniew Brzezinski (Sicherheitsberater unter Jimmy Carter). Damit soll auch zum Ausdruck gebracht werden, dass Jones zugetraut wird, zum mächtigsten und einflussreichsten Mann der Obama-Adminis-tration aufzusteigen – mit einer Agenda, die er bereits als NATO-Komman-deur erfolgreich durchdeklinierte. So hatte sich etwa der NATO-Gipfel in Riga im November 2006 in Bezug auf die *Energiesicherheit* einen Arbeitsauftrag erteilt, „die Bereiche zu definieren, in denen die NATO zur Gewährleistung der Sicherheitsinteressen ihrer Mitglieder einen Mehrwert einbringen und auf entsprechendes Ersuchen nationale und internationale Anstrengungen unterstützen kann.“[28] Hinzu kommt, dass fast alle laufenden NATO-Missionen einen mehr oder weniger direkten Bezug zur Energiesicherheit haben: die beiden NATO-Assistance-Missionen in Sudan und im Irak, ISAF in Afghanistan, die Operation Active Endeavour im Mittelmeer,

---

[26] Siehe Reliable, Affordable, and Environmentally Sound. Energy for America's Future. Report of the National Energy Policy Development Group, May 2001 (Cheney-Report); http://www.ne.doe.gov/pdfFiles/nationalEnergyPolicy.pdf.

[27] Zu AFRICOM siehe W. Ruf, Africom – Der Griff der USA nach Afrika, in: utopie kreativ, Nr. 216, Okt. 2008, S. 883-892.

[28] Zit. nach: Th.Roithner, Vom Energiepoker zum Ressourcenkrieg? Das Ende der NATO am Ende des fossilen Energiezeitalters?, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 01/2009, S. 23. Th. Roithner kommt in seinem lesenswerten Aufsatz dennoch zu dem Schluss, dass die NATO derzeit wohl nicht in der Lage sei, die transatlantische Rohstoffagenda gemeinsam zu schultern, da einmal die Gegensätze insbesondere zwischen den USA und einer Reihe europäischer Staaten zu tief seien und zum anderen die USA (noch) nicht auf die europäischen Partner angewiesen sei.

die Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und die Kosovo-Force (KFOR) im Kosovo.[29]

Die Globalisierung der NATO läuft Gefahr, die Vereinten Nationen zu marginalisieren, wird regionale und globale Gegenkräfte auf den Plan rufen und zur Militarisierung des Globus führen

Am 23. September 2008 wurde zwischen den Generalsekretären der UNO und der NATO, Ban Ki-moon und Jaap de Hoop-Scheffer, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die eine bemerkenswerte Annäherung zwischen den beiden Organisationen erkennen lässt. Dies geschah nach Auskunft des ehemaligen Untergeneralsekretärs Hans von Sponeck[30] ohne Vorlage und ohne jegliche Diskussion im UN-Sicherheitsrat. In der recht allgemein gehaltenen Erklärung[31] geht es um „erweiterte Beratung" und „operative Zusammenarbeit", wie zum Beispiel bei der „Friedenserhaltung" auf dem Balkan oder in Afghanistan. Beide Generalsekretäre verpflichten sich, bei Bedrohungen und Herausforderungen gemeinsam vorzugehen.

Eine solche Erklärung ist aus verschiedenen Gründen ungewöhnlich und mit zentralen Prinzipien der UNO kaum vereinbar.[32] So wird der wichtigste Unterschied zwischen beiden Organisationen, hier eine Weltorganisation gegenseitiger kollektiver Sicherheit, dort ein Militärbündnis ausschließender Sicherheit, schlicht übergangen. NATO und UNO begegnen sich nicht nur auf gleicher Augenhöhe, sondern als Bruderorganisationen, welche dieselben politischen Ziele verfolgen und dies auch auf „operativer Ebene" durchsetzen wollen. Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen wird implizit aufgegeben durch die Anerkennung des Gewaltpotenzials der NATO. Des Weiteren wird offenbar akzeptiert, dass die NATO – entgegen ihrem eigenen Auftrag und der nach UN-Charta einzigen legalen Aufgabe, nämlich ein Verteidigungsbündnis im Rahmen des Art. 51 der UN-Charta zu sein – weltweit bei friedenserhaltenden Maßnahmen eine ähnliche Rolle wie die UNO spielen solle.

---

[29] Siehe ebenda, S. 24.

[30] Siehe H. v. Sponeck, UNO und NATO. Menschliche Sicherheit für alle Mitgliedstaaten oder Militärische Sicherheit für eine Allianz?, in: R.-M. Luedtke, P. Strutynski (Hrsg.), Die Welt nach Bush. Vom kriegerischen Unilateralismus zum liberalen Imperialismus, Kassel 2009 (erscheint im Sommer 2009).

[31] Die Erklärung ist dokumentiert bei: http://www.newropeans-magazine.org/content/view/8722/85/).

[32] Siehe J. Oberg, Secret UN-NATO Cooperation Declaration, 04.12.2008, http://www.newropeans-magazine.org/content/view/8722/85/.

Schließlich verträgt sich die NATO-UNO-Erklärung nicht mit der Integrität des UN-Generalsekretärs, der allen 192 UN-Mitgliedstaaten verpflichtet ist, das heißt auch den möglichen Gegnern der NATO.

Interessant an dem Vorstoß des UN-Generalsekretärs ist der Umstand, dass man nach der gemeinsamen Erklärung von September 2008 vergeblich auf den UN-Websites sucht. Präsentiert wird sie indessen von der NATO. Die NATO hat auch über ein früheres Treffen zwischen den beiden Generalsekretären berichtet, so von einem Gespräch, das am 24. Januar 2007 im NATO-Hauptquartier in Brüssel stattgefunden hatte. Ban Ki-Moon wird dort mit den Worten zitiert: „I am very much assured and encouraged by what NATO has been contributing to peace and security around the world". Und weiter heißt es auf der Website der NATO: "We have the same goals, we are committed to work very closely together in the future."[33] Pikant an der Angelegenheit ist, dass Ban Ki-Moon bisher zwei Mal der NATO einen Antrittsbesuch abgestattet hat: einmal als Außenminister der Republik von Korea im Jahr 2005, und das zweite Mal als frisch gebackener UN-Generalsekretär im Januar 2007.

Unabhängig von der spekulativen Frage, wer hier durch wen instrumentalisiert wird, die NATO durch die UNO oder die UNO durch die NATO, drückt sich in dem Agreement ein Bedeutungsgewinn der NATO und ein entsprechender Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen aus.[34] Der Anspruch der NATO, mit den Vereinten Nationen weltweit für Frieden und Sicherheit sorgen zu wollen, ruft zudem zwangsläufig Gegenkräfte auf den Plan, die nicht Mitglied der NATO sind und sich von der UNO nicht in ausreichendem Maß vertreten fühlen. Das oben beschriebene Sicherheitsdilemma beginnt hier zu wirken.

Im Augenblick gibt es zwei nennenswerte Organisationen, die sich von der NATO herausgefordert fühlen: die OVKS und die SOZ. Die OVKS (Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit) ist 1992 von einer Reihe von Staaten, die vormals der Sowjetunion angehörten, gegründet worden. Ihr gehören neben Russland und Weißrussland die Kaukasus-Republik Armenien sowie die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan (seit 2006) an. Es ist ein reines Verteidigungsbündnis, das die nach der Auflösung der Sowjetunion entstandene Sicherheitslücke schließen wollte. Es hat während der ganzen Zeit keine sicherheitspolitische Rolle gespielt. Im

---

[33]UN Secretary General committed to working with NATO, http://www.nato.int/docu/update/2007/01-january/e0124a.html.

[34]Siehe A. Neu, NATO First-UNO ade!?, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 01/2009, S. 17-20.

Oktober 2008 machte das Bündnis von sich reden, als es beschloss, eine gemeinsame Eingreiftruppe ins Leben zu rufen. Ziel der Truppe sei es, im Fall eines Militärkonflikts „jede Aggression gegen das Bündnis abzuwehren. Die weiteren Aufgaben bestehen darin, gegen den internationalen Terrorismus, den Drogenhandel und die grenzüberschreitende Kriminalität vorzugehen sowie (Natur-)Katastrophen zu bekämpfen."[35]

Die SOZ (Schanghai Organisation für Zusammenarbeit; Shanghai Cooperation Organization-SCO) wurde erst 2001 gegründet, erfreut sich aber weitaus größerer Aufmerksamkeit als die fast zehn Jahre ältere OVKS. Dazu trägt sicher der Umstand bei, dass mit China der wohl bedeutendste aufstrebende Global Player Mitglied der Organisation ist. Ansonsten gehören ihr – mit Ausnahme von Armenien und Weißrussland – alle OVKS-Staaten an. Indien, Iran, Mongolei und Pakistan haben Beobachterstatus. Obwohl die Schanghai Organisation immer wieder betont, sich nicht als Gegengewicht zur NATO zu verstehen und ihre Hauptaufgaben mehr in der wirtschaftlichen Kooperation verortet, sind ihre einzigen wirklich sichtbaren *Erfolge* militärischer Art, so etwa ein großangelegtes gemeinsames Manöver im August 2007, das den *antiterroristischen Kampf* übte. Die weiteren Ziele ähneln sehr stark denen der OVKS. Die Mitglieder haben sich verpflichtet, in der Region gemeinsam den Drogen- und Waffenhandel sowie den politischen Extremismus und Separatismus zu bekämpfen. Ungelöste Konflikte untereinander (zum Beispiel Streitigkeiten bei grenzüberschreitenden Rohstoffvorkommen und Wasserreserven) sollen friedlich beigelegt werden.[36]

Ausblick

Der frühere Außenminister der rot-grünen Regierung in Deutschland Joschka Fischer, der sich seit dem Ende seiner politischen Karriere gern in der Rolle des *elder statesman* sieht, veröffentlichte Anfang 2009 in einem großen deutschen Meinungsblatt ebenso gängige wie irreführende Thesen zum Verhältnis des Westens zu Russland. Die Bush-Ära sei geprägt gewesen von der falschen Frontstellung zwischen der Bush-Administration, die in Russland einen „strategischen Gegner", und den meisten Westeuropäern, die in Moskau eher einen „problematischen Partner" sehen wollten. Die erste Variante wird von Fischer verworfen, weil die diversen globalen Herausforderungen nicht in Konfrontation gegen, sondern nur in Kooperation mit Russland zu lösen

---

[35]Siehe Russische Nachrichtenagentur RIA Novosti, 4.10.2008.

[36]Siehe R. Rupp, Geopolitische Partnerschaft, in: junge Welt vom 04.09.2008; http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/SOZ/rupp.html.

sind. Die zweite, von Fischer favorisierte Variante hat aber auch einen Haken. Partnerschaft mit Russland kann er sich nämlich nur so vorstellen, dass Russland innerhalb der NATO eine „wesentlich erweiterte Rolle“ erhielte, „inklusive der Aussicht auf eine volle Mitgliedschaft“. Voraussetzung hierfür wäre der russische Verzicht auf die Wiederherstellung seiner „osteuropäischen und zentralasiatischen Einflusszonen“. Eine solche Option ist aus Moskauer Sicht indessen nicht akzeptabel, da sie die Unterordnung der russischen Belange unter die der NATO oder genauer, unter die der in der NATO dominierenden USA bedeuten würde.

In dem Artikel äußert sich aber noch eine andere problematische Denkfigur, die den aktuellen westlichen Diskurs um eine neue europäische Sicherheitsarchitektur beherrscht. Die NATO, so schreibt Fischer, solle zu einem „effektiven europäischen Sicherheitssystem“ umgebaut werden, inklusive Russland. Hier werden wieder die Grenzen zwischen einem System kollektiver gemeinsamer Sicherheit und einem kollektiven Sicherheitssystem verwischt. Anstatt die Systeme gemeinsamer Sicherheit, wie die UNO oder die OSZE als einer regionalen Abmachung zu stärken, würden sie von der erweiterten NATO ersetzt werden. Die aber bliebe – ob mit oder ohne Russland – ein Militärbündnis, das andere ausschließt, zum Beispiel China, und somit für das beschriebene Sicherheitsdilemma verantwortlich ist. Die Folge wäre die weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen auf globaler Ebene. Die einzige Alternative, dieser Perspektive zu entrinnen, scheint mir dagegen die ersatzlose Auflösung der NATO und anderer Militärpakte zu sein.

Dr. Peter Strutynski,

Friedensratschlag Kassel.

Erhard Crome

Gleiche Sicherheit für alle – Alternativen zur NATO

„Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Sollte man ihn nicht unergründlich nennen?“ Mit diesen Sätzen beginnt Thomas Mann seinen Roman *Joseph und seine Brüder*. Er meint, je tiefer man in die „Unterwelt des Vergangenen“ vordringt, desto mehr treten die Anfangsgründe der Geschichte zutage und erweisen sich als unerlotbar. Das mag die eine Seite sein, sich der Geschichte vergewissern zu wollen, und doch nur neue Fragen zu finden. Die andere Seite kam in dem sowjetischen Witz aus den 1950er Jahren zum Ausdruck, dessen Pointe war: „Was sich bei uns am schnellsten ändert, ist die Geschichte.“ Heute wissen wir, das war keine Eigenheit des Realsozialismus, sondern ist Charakteristikum jedes Herrschaftssystems. Je länger das Ende der DDR zurückliegt, desto verbissener werden die Bemühungen, ihre Geschichte auf *Unrecht*, *Diktatur* und *Zwang* zu reduzieren. Eine Vorgabe machte die CDU auf ihrem Parteitag 2008, auf dem sie beschloss, die Geschichte der DDR sei auf „40 Jahre politisches Unrecht“[1] einzudampfen, womit sie nicht nur die Probleme der heutigen Lage im Osten Deutschlands auf die Vergangenheit projiziert, sondern zugleich ihre Mitwirkung im politischen System der DDR zu vertuschen trachtet. Mit dem Diktum, Ostdeutsche würden „die Konfrontation mit den Schattenseiten ihrer eigenen Geschichte“ meiden,[2] stellt der derzeitige Bundeswart für das Stasizellenwesen, Hubertus Knabe, alle früheren DDR-Bürger unter einen Generalverdacht, dem durch Umerziehung und Volksauflärung zu begegnen sei. Noch nie in den vergangenen zwanzig Jahren war der von oben geschichtspolitisch verordnete Eifer so groß, diese Verteufelung zielstrebig zu betreiben. Zugleich jedoch drängt sich die dumpfe Ahnung auf, dass – nicht zuletzt angesichts der Ungewissheiten in der derzeitigen Weltwirtschaftskrise – die heute Herrschenden wenig Vertrauen in den Kitt haben müssen, der die jetzige real existierende Gesellschaft zusammenhält, wenn sie ihn aus jener nachträglichen Verlästerung zu gewinnen trachten.

Zugleich werden damit Schleier über die jüngere und jüngste Geschichte gelegt, um die Lügen und Verbrechen der neuen *Sieger der Geschichte* zu verhüllen. Wie war das doch mit der Völkermordlüge und dem Auschwitz-Vergleich,

---

[1] 22. Parteitag der CDU Deutschlands, 30.11. – 2.12.2008, Stuttgart, Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands, S. 1.

[2] Berliner Zeitung vom 9./10.04.2009, S. 9.

um vor zehn Jahren Deutschland gegen Jugoslawien endlich in die Kriegsführungsfähigkeit hinein zu manövrieren? Und wo sind die Massenvernichtungswaffen des Saddam Hussein, um derentwillen Bush II, wie er vorgab, den Aggressionskrieg gegen den Irak vom Zaune brach? Hat die Eroberung und Besetzung Afghanistans die Verhaftung von Bin Laden gebracht, der doch angeblich für den Zusammensturz des *World Trade Centers* in New York am 11. September 2001 verantwortlich war? Man zieht es vor zu schweigen und spricht statt dessen von sich ausformender Demokratie in Serbien und im Kosovo sowie im Irak, von Frauenrechten usw. Die Obama-Regierung hat festgelegt, die offizielle Sprache von den Bush-Ungetümen zu reinigen. Der Terminus *Global War on Terror* wird ab sofort ersetzt durch *Overseas Contingency Operation*, was in entsprechendem Büro-Deutsch dann heißt: *Krisenfallmaßnahme in Übersee*.[3] Doch die Änderung der Sprache kann nur der geringere Teil der Veränderung sein, wie auch die Schließung des Folterlagers von Guantanamo nur das eine ist, die Bestrafung bzw. Nicht-Bestrafung der Schuldigen, bis hin zur Befehlsebene, aber das andere.

Tatsächlich jedoch sind wir bereits in einer veränderten Situation gegenüber der vor fünfzehn, zehn oder auch zwei Jahren. Das hängt mit der internationalen Finanzkrise, dem Scheitern der neoliberalen Ideologie und Politik, der neuen Rolle Chinas, Indiens, Brasiliens und Russlands in der internationalen Szenerie, aber auch mit der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der USA zusammen. Nur die NATO, die soll unbedingt bleiben. Das zumindest war der Grundtenor der offiziellen Bekundungen aus Anlass des 60. NATO-Jubiläums. Allerdings waren auch die Demontrationen gegen die NATO nicht das, was sie zu Zeiten des Obama-Vorgängers waren, weder hinsichtlich der Zahl der Demonstranten noch in der Nachhaltigkeit der politischen Manifestation. Obama wird nicht als Hassfigur wahrgenommen. Es waren auch nicht wenige junge Menschen, die in Europa zu seinen öffentlichen Auftritten kamen. In der Bevölkerung gibt es keine Stimmung gegen Obama und keine gegen die NATO; die Afghanistan-Einsätze werden hierzulande offenbar fatalistisch hingenommen, zumindest solange sich die Lage dort nicht abrupt verschlechtert. Gerade deshalb ist es umso dringlicher, vertieft über Alternativen nachzudenken. Es wird keine anderen Mehrheiten in der NATO-Frage geben ohne tragfähige Alternativkonzepte.

---

[3] Siehe www.foxnews.com, 25.03.2009; Süddeutsche Zeitung vom 01.04.2009, S. 1.

Die Logik des Kalten Krieges

Gerade weil wir es wieder mit tendenziösen Interpretationen der Geschichte zu tun haben, ist ein Blick auf die historischen Konstellationen erforderlich, um die gegenwärtigen Entwicklungen zu verstehen. Die NATO (*North Atlantic Treaty Organization*, zu deutsch: die *Nordatlantik-Vertrags-Organisation*) wurde per Vertrag am 4. April 1949 geschaffen. Am 23. Oktober 1954 wurden die Pariser Verträge unterzeichnet, nach denen die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO wurde. Sie traten am 5. Mai 1955 in Kraft. Den Beitritt der BRD sah die sowjetische Führung als wesentliche Verschlechterung der Situation in der Mitte Europas an. So gründeten die Sowjetunion und weitere osteuropäische Staaten unter Einbeziehung der DDR am 14. Mai 1955 die Organisation des Warschauer Vertrages. NATO und Warschauer Vertrag bildeten dann bis 1990 die militärisch-politischen Grundstrukturen des Kalten Krieges bzw. der Ost-West-Auseinandersetzung in Europa.

Wichtig für das Verständnis der Logik des Kalten Krieges ist: Beide Seiten unterstellten sich gegenseitig aggressive Absichten bei gleichzeitiger Bekundung eigener friedlicher und rein defensiver Bestrebungen. Beides war Teil der tatsächlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkrieges um die Gestaltung der gesellschaftspolitischen und territorialen Ordnung in Europa und in der Welt. So heißt es in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, die nach dem Ende des Kalten Krieges erschien und zugleich die ursprüngliche westliche Sicht übernimmt, nun gleichsam als die Sicht der *Sieger*, zur Gründung der NATO: „Das hatte niemand gewollt und kaum jemand vorausgesehen; von den 3,1 Millionen Soldaten der amerikanischen Armee bei Kriegsende standen ein Jahr später noch 391.000 in Europa, die beinahe 300.000 Mann zählenden kanadischen Truppen waren nach Hause zurückgekehrt und von den 1,32 Millionen britischen Soldaten blieb wenig mehr als ein Drittel auf dem Kontinent zurück. Im Gegensatz dazu stand der bis an die Elbe vorgestoßene Truppenkoloss der Roten Armee in fast unverminderter Größe da, als wollte er, einer Lawine gleich, Westeuropa unter seinem Gewicht erdrücken. 1948 erschreckten der Umsturz in Prag und die drohende Blockade Berlins auch jene, die bis dahin stets noch an eine Verständigung mit Stalin geglaubt hatten. Die Fehler und Versäumnisse westlicher Politik während und unmittelbar nach dem Kriege forderten ihren Preis. Er bestand nicht nur in der Spaltung Europas, sondern zusätzlich noch in der Verteidigung seines frei gebliebenen Teiles."

Zur Bedeutung der NATO-Gründung wird dann weiter ausgeführt: „Zwei Faktoren machten die Gründung des atlantischen Bündnisses zu einem einschneidenden Geschehnis in der Nachkriegsentwicklung Europas: Einmal

bildete diese Allianz die institutionelle Klammer zwischen Westeuropa und Nordamerika, indem sie die Vereinigten Staaten erstmals als politische Kraft an den europäischen Kontinent band. Das bedeutete mehr als nur ein vorübergehendes militärisches Engagement; denn Amerika nahm bald auch am Fortgang der europäischen Integration aktiven Anteil. Zweitens machte aber die amerikanische Präsenz in Europa dessen Spaltung zu einem untrennbaren Bestandteil der sich auf globaler Ebene vollziehenden Teilung der Welt in Ost und West. Die Sowjetunion sah sich durch eigenes Verschulden um die größte Frucht ihrer Kriegsanstrengungen gebracht: Die von einem Atombombenmonopol geschützte Rückkehr der Vereinigten Staaten nach Europa setzte der eben errungenen Vormachtstellung Moskaus ein so ernst zu nehmendes Gewicht entgegen, dass der kommunistische Vormarsch auf unabsehbare Zeit zum Stehen gebracht wurde."[4]

Umgekehrt wurde die sowjetische Perspektive – in der groberen Sprache der damaligen Zeit und Politik – im Jahre 1952 so formuliert: „Die Machthaber der USA haben die Ziele ihres aggressiven Kurses unverhohlen genug formuliert. Bereits im Jahre 1945, kurz nachdem Truman das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten angetreten hatte, erklärte er, dass ‚der Sieg das amerikanische Volk vor die ständige und brennende Notwendigkeit gestellt hat, die Welt zu führen'. Auch später erklärten Truman und andere amerikanische Politiker mehrfach, dass die ‚USA auf die Führung der Welt' Anspruch erheben. Dieser Kurs auf Eroberung der Weltherrschaft, auf Unterwerfung aller anderen Länder ist das Leitmotiv der gesamten Politik der amerikanischen imperialistischen Oberschicht. Die Hauptmacher der USA wussten natürlich, dass man die Herrschaft über andere Nationen auf friedlichem Wege nicht erringen kann ... Und da die UdSSR der Hauptgegner eines neuen Krieges, das stärkste Bollwerk des Friedens ist, kamen die Hauptmacher der USA zu der Schlussfolgerung, dass man den Krieg gegen die UdSSR und die anderen Anhänger des Friedens entfesseln muß. So entstand der aggressive Nordatlantikblock ... Um aber die aggressiven Ziele dieses Blocks vor dem Volk zu verbergen und das Volk zu täuschen, gaben sie ihn als ‚Verteidigungs'-Block gegen den ‚Kommunismus', gegen die Sowjetunion aus, die angeblich die USA, England, Frankreich und andere Mitglieder des Blocks zu überfallen beabsichtige."[5]

---

[4] C. Gasteyger, Europa zwischen Spaltung und Einigung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 321, Bonn 1994, S. 111 f.

[5] G. M. Malenkow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag, Berlin 1952, S. 19 f.

Bereits hier ist deutlich, dass sich die Lageeinschätzungen der beiden Seiten im Wesentlichen spiegelverkehrt entsprechen. Die ursprüngliche Kernaussage des USA-Präsidenten Harry S. Trumen war ein Satz aus seiner Botschaft vor dem US-Kongress am 19. Dezember 1945, der lautete: „Wir müssen alle gestehen, dass der Sieg, den wir errungen haben, dem amerikanischen Volk die Bürde der dauernden Verantwortung für die Führung der Welt auferlegt hat.“[6] Die sowjetische Staatspartei und Regierung fasste bereits den Terminus *Führung* als Bedrohung auf und assoziierte ihn mit dem Vorherrschaftsanspruch des gerade geschlagenen Hitler-Deutschlands und der Erfahrung Russlands, dass es in der ganzen Geschichte noch keinen Aspiranten auf Vorherrschaft gegeben hatte, der nicht gewaltsam, am Ende kriegerisch vorgegangen wäre. Aus der US-amerikanischen Perspektive ist er zunächst Ausdruck eines politisch-moralischen Anspruchs, der sich aus den Gründungsmythen der USA, ihrem republikanischen Demokratismus ergibt, der erst im Zeitalter des Imperialismus zur Akklamation für die imperialistische Politik der USA wurde. Im Kern ist in dem Anspruch auf *Führung* der USA immer beides enthalten, weshalb auch heute genau zu unterscheiden ist, was Barack Obama mit politisch-moralischem Gestus formuliert und wie die Regierungen anderer Staaten dies verstehen.

Die sowjetische Führung blieb auch nach Stalins Tod bei ihrer Grundeinschätzung und betrachtete die USA-Politik der Militärpakte – unter denen die NATO nur einer war – als Ausdruck einer sich verstärkenden Bedrohung und Einkreisung. Vier Jahre später hieß es in diesem Sinne: „Bald nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde in der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs der Einfluss reaktionärer, militaristischer Kreise immer stärker spürbar, und die Bestrebungen, anderen Ländern durch wirtschaftlichen und politischen Druck, durch Drohungen und militärische Provokationen ihren Willen aufzuzwingen, gewannen die Oberhand. Dieser Kurs erhielt die Bezeichnung ‚Politik der Stärke‘ ... Die internationale Atmosphäre wurde durch eine Kriegspsychose vergiftet. Die forcierte Aufrüstung begann immer ungeheuerlichere Ausmaße anzunehmen. Auf dem Territorium von Staaten, die Tausende Kilometer von den Grenzen der USA entfernt liegen, wurden viele große amerikanische Militärstützpunkte errichtet, deren Spitze gegen die UdSSR und die volksdemokratischen Länder gerichtet ist. Gegen die Länder des sozialistischen Lagers wurde der sogenannte kalte Krieg begonnen ... Der blutige Krieg in Korea wurde entfesselt; lange Jahre zog sich der Krieg in Indochina hin. Die Inspiratoren des kalten Krieges

[6] Keesing’s Archiv der Gegenwart, Bd. XV, Wien 1945, S. 577.

beschritten den Weg der Schaffung militärischer Blöcke. Viele Länder sahen sich entgegen dem Willen der Völker in abgekapselte aggressive Gruppierungen einbezogen: in den Nordatlantikblock, die Westeuropäische Union, die SEATO (Militärblock für Südostasien) und den Bagdad-Pakt. Die Organisatoren der Militärblöcke versichern, sie schlössen sich zur Verteidigung, zum Schutz gegen die ‚kommunistische Bedrohung' zusammen. Aber das ist pure Heuchelei. Aus der Geschichte ist bekannt, dass die imperialistischen Mächte immer dann dazu schritten, Militärblocks zu schmieden, wenn sie eine Neuaufteilung der Welt vorhatten."[7]

Daraus hätten „die friedliebenden Staaten ... entsprechende Schlussfolgerungen ziehen" müssen: „Dazu gezwungen, ihre Kräfte und Hilfsquellen zu vereinigen, haben unsere Staaten den Warschauer Vertrag geschlossen, der ein wichtiger stabilisierender Faktor in Europa ist. Sie sind entschlossen, all ihre Kräfte einzusetzen, um das friedliche Leben ihrer Völker zu beschützen und keinen neuen Kriegsbrand in Europa zuzulassen."[8]

Analysiert man die Argumentationsfiguren beider Seiten, so fällt zunächst ins Auge, dass beide die Gefahr durch die andere Seite unterstellen, gegen die man sich verteidigt: der Westen durch die Gründung der NATO, der Osten in Gestalt der Gründung des Warschauer Vertrages. Gasteyger hantiert mit *Koloss* und *Lawine*; die angeführten Zahlen sind unredlich, weil er zur sowjetischen Armee keine anführt. Die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) war zunächst reduziert worden wie die amerikanischen Besatzungstruppen in Westdeutschland und hatte 1947 eine Stärke von etwa 350.000 Mann. Mit der Zuspitzung der internationalen Lage ab 1948 wurde sie auf etwa eine halbe Million Mann erhöht. Damit war die GSSD aber immer noch nicht signifikant größer als die westlichen Truppen in Westdeutschland. Die Vorstellung vom *Koloss* entsteht nur dann, wenn man die zusammenhängende Landmasse von der Elbe bis Wladiwostok in den Blick nimmt, während die USA jenseits des Atlantiks liegen. Aus der sowjetischen Perspektive sind bereits die Erklärung eines *Führungsanspruchs* der USA, das Konzept einer *Politik der Stärke* und die Existenz der USA-geführten Militärblöcke Ausdruck der Bedrohung.

Die *kommunistische Bedrohung* wird in der westlichen Perzeption als gegeben unterstellt, wie in der östlichen die westliche Bedrohung der Sowjetunion qua

---

[7] N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S. 19.

[8] Ebenda, S. 33.

imperialistischen Charakters. Damit ist der Ausgangspunkt für die Annahme, was die andere Seite im Schilde führt, wesentlich ideologisch hergeleitet. Der Westen argumentiert mit der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1948 und mit der Berlin-Blockade, der Osten mit den Kriegen in Korea und Indochina.

Die konkrete historische Abfolge ist allerdings allein schon in Europa komplizierter. Dabei ist auf ganz Europa zu schauen. In Frankreich und Italien waren die kommunistischen Parteien große, eigenständige Massenparteien, die tief in der nationalen Geschichte verankert waren und einen beträchtlichen Anteil am Widerstandskampf gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg hatten. Beide waren maßgebliche politische Mitbegründer der neuen Staatlichkeit nach Besatzung und Zweitem Weltkrieg. Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 10. November 1946 5,5 Millionen Stimmen erhalten und einen Wähleranteil von 28 Prozent. Die Kommunistische Partei Italiens war aus den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 2. Juni 1946 als drittstärkste Partei des Landes hervorgegangen. Am 5. Mai 1947 wurden in Frankreich, nicht zuletzt auf Druck der USA, die kommunistischen Minister aus der Regierung gedrängt, am 31. Mai 1947 geschah dies in Italien. Genau zu dieser Zeit begannen die Vorbereitungen für den Marshallplan, der neben der Hilfe für die notleidende und hungernde Bevölkerung des durch den Krieg zerstörten Europas und die Schaffung eines Absatzmarktes für die amerikanische Überproduktion auf eine Eindämmung der Sowjetunion in Europa zielte. Nach außen hin wurde die Marshallplan-Hilfe auch der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern angeboten, während man sich intern von Anfang an darüber klar war, dass diese das Angebot nicht annehmen könnten, ohne ihre außenpolitische und gesellschaftspolitische Eigenständigkeit aufzugeben. Diese sahen darin folgerichtig den Versuch, die Souveränität der europäischen Staaten zu unterminieren und eine auch politische Abhängigkeit von den USA zu schaffen, und lehnten den Marshallplan ab. Im Februar 1948 wurden dann in der Tschechoslowakei die bürgerlichen Minister aus der Regierung gedrängt, was von Gasteyger ja als einer der Auslöser der NATO-Gründung unterstellt wurde. Tatsächlich hatte beides – die Herausdrängung der kommunistischen Minister in Frankreich und Italien und die der bürgerlichen Minister in der Tschechoslowakei – mit der Konstellation um den Marshallplan zu tun: Im Westen sollte auf Wunsch der USA die Zustimmung der Regierungen zum Marshallplan gesichert werden, im Osten dessen Ablehnung auf Geheiß der Sowjetunion. Deshalb wurden die Mitglieder in den jeweiligen Regierungen als jeweils der anderen Seite möglicherweise zuneigend wahrgenommen und präventiv entfernt. Insgesamt bedeutete dies die Vertiefung der Spaltung Eu-

ropas im Zeichen des Kalten Krieges bereits im Vorfeld der NATO-Gründung.

Die Zeit von 1945 bis 1990, vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Charta von Paris, war insgesamt nicht eine Phase allgemeinen Friedens, sondern politischer, wirtschaftlicher, geistiger und nicht zuletzt militärischer Auseinandersetzungen, die zunächst vor allem auch in Europa ausgetragen wurden. In Polen und Griechenland gingen bewaffnete Bürgerkriege bis 1948. Sie wurden in Polen zugunsten des Realsozialismus und in Griechenland zugunsten des Westens entschieden. Die Auseinandersetzungen in und um Deutschland wurden mit der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen, der Blockade Westberlins (Juni 1948 bis Mai 1949) durch die Sowjetunion und der Luftbrücke durch die Westalliierten – auch in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten nimmt Gasteyger nur einen Teil heraus, losgelöst vom historischen Kontext –, die doppelte Staatsgründung 1949 bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 geführt. Danach war klar, die politisch-militärischen Grenzlinien in Europa liegen fest und die zwei deutschen Staaten sind in die beiden gesellschaftlich-politischen Systeme und Bündnisorganisationen eingeordnet – solange die Bedingungen des Kalten Krieges und der Systemauseinandersetzung anhalten. Durch die Verträge der Sowjetunion und Polens mit der Bundesrepublik Deutschland (1970), das Vierseitige Abkommen über Westberlin (1971), die darauf folgenden Verträge zwischen der DDR und der Bundesrepublik sowie zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik, und schließlich die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) des Jahres 1975, wurde die Lage in Europa entspannt und produzierte keine eigenen Kriegsgefahren mehr.

Charakteristisch für den Kalten Krieg blieben jedoch Kriege an der *Peripherie* des Ost-West-Konflikts, das heißt Kriege in Asien, Afrika und Lateinamerika. Insbesondere waren dies der Korea-Krieg der USA und des Westens (1950 – 1953), die Vietnam-Kriege Frankreichs (1946 – 1954) und der USA (1965 – 1975), die Kriege im Nahen Osten seit 1956, der Afghanistan-Krieg der Sowjetunion (1979 – 1989) sowie seit den 1960er Jahren mehrere Kriege in Afrika und der von den USA geführte Krieg gegen die Sandinistas in Nikaragua (1981 – 1990). Hinzu kam das Wettrüsten zwischen USA und UdSSR, NATO und Warschauer Vertrag als die dritte Dimension der Ost-West-Auseinandersetzung.

Insbesondere das Rüsten auf dem nuklear-strategischen Gebiet produzierte die Gefahr eines mit Atomwaffen geführten Weltkrieges, der die Vernichtung der Menschheit hätte zur Folge haben können. Die wohl deutlichste Zuspitzung war die Kuba-Krise 1962, als beide Seiten plötzlich merkten, dass ihre Politik der Eskalation des Konfliktes an den Rand des Abgrundes geführt hat-

te. Es wurde vereinbart, dass die USA Kuba nicht militärisch angreifen und die Sowjetunion im Gegenzug keine Mittelstreckenraketen auf Kuba stationiert. Danach folgten Schritte zur Eindämmung des Wettrüstens, so die Einrichtung einer direkten Telefonverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml, der Vertrag über Kernwaffenversuche (1963), der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1968) sowie die Verträge zur Begrenzung strategischer Waffensysteme, zum Verbot biologischer Waffen und zur Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen (1970er und 1980er Jahre).

In der Rückschau betrachtet, war der Kalte Krieg *kalt* in dem Sinne, dass er auf der globalen Ebene vor allem als Wettrüsten, aber nicht als großer Krieg geführt wurde. Im Herzen Europas war er eine Auseinandersetzung, die vor allem mit politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Mitteln geführt wurde, während in der Welt des Südens tatsächlich blutige Kriege *niederer Intensität* geführt wurden. N*iedrig* im Vergleich zu dem gedachten und geplanten atomaren Weltkrieg.

Offensichtlich bei all dem ist jedenfalls: NATO wie Warschauer Vertrag standen in der Logik des Kalten Krieges, entstanden und entwickelten sich aus ihm heraus und mit ihm. Die beiden Militärpakte haben einerseits zur Eskalation des Ost-West-Konflikts beigetragen, indem sie die Instrumentarien schufen und vervollkommneten, einen großen, auch mit atomaren Waffen ausgetragenen Krieg in Europa führen zu können. Andererseits haben sie dazu beigetragen, ihre Teilnehmer zu disziplinieren und tatsächliche oder mögliche Konflikte in Europa und darüber hinaus unter Kontrolle zu halten und gegebenenfalls zu deeskalieren. Aus heutiger Perspektive lässt sich sagen: Die Konfliktparteien handelten rational und waren beiderseitig berechenbar und als Vertragspartner zuverlässig, zumindest solange die Annahme von der gegenseitigen Abschreckung zugrunde gelegt wurde.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre neigte sich der Ost-West-Konflikt, oder mit einem anderen Wort, die Systemauseinandersetzung des 20. Jahrhunderts zwischen dem Realsozialismus und dem Westen seinem Ende zu. Gorbatschow, Schewardnadse, Jakowlew und andere, die in Moskau Verantwortung trugen, hatten mit der von ihnen verantworteten Friedenspolitik der Sowjetunion die USA in eine außenpolitische Defensive gebracht, den Rückzug aus Afghanistan und anderen Ländern der Welt sowie einseitige Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vollzogen und faktisch den Kalten Krieg beendet. Dabei waren sie davon ausgegangen, dass die systemische Differenz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen die eigentliche Ursache der Spannungen und der Kriegsgefahr gewesen sei. Die Charta von Paris für ein neues Europa als Erklärung der Staats- und Regierungschefs der KSZE-

Staaten vom 21. November 1990 wurde in diesem Sinne als Dokument der Beendigung des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation angesehen. Frieden, eine auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhende Demokratie sowie Marktwirtschaft sollten die gemeinsame Grundlage der weiteren Entwicklung Europas sein.[9] Der Warschauer Vertrag löste sich auf. Nichts lag näher als die Vorstellung, dass nun die NATO ebenfalls verschwindet. Auch viele Politiker und Politikwissenschaftler im Westen erwarteten dies.

Die andere Weichenstellung

Tatsächlich jedoch wurde bereits mit dem Golfkrieg von 1990, das heißt vor der Unterzeichnung jener Charta von Paris, etwas anderes deutlich. Die USA unter Präsident Bush I wollten diesen Krieg, um ihre Dominanz in der angestrebten *Neuen Weltordnung* – das heißt der internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts – Realität werden zu lassen. Den Casus belli führte die US-amerikanische Diplomatie selbst herbei: Saddam Hussein, der damalige Staatschef des Irak, der nach dem ruinösen Krieg gegen den Iran die irakischen Schulden abbauen wollte, indem er sich das ölreiche Nachbarland Kuweit einverleibte, bestellte die US-Botschafterin und fragte sie, wie die USA auf eine Annexion Kuweits reagieren würden. Sie antwortete, diese sähen ihre Interessen nicht tangiert, es sei eine *inner-arabische Angelegenheit* – was Saddam Hussein als Akzeptanz verstand, um anschließend die Botschafterin desavouiert und sich im Konflikt mit der Weltgemeinschaft zu sehen.

Allerdings war die völkerrechtliche Sachlage klar: Saddam Hussein hatte ein souveränes Land überfallen und der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte den Militäreinsatz.[10] Das unterscheidet jenen Golfkrieg immerhin noch von allen nachfolgenden Kriegen des Imperiums, als das sich der Westen in den zwei Jahrzehnten seit dem Ende des Kalten Krieges gebärdete. Entscheidend in dem hier zu betrachtenden Zusammenhang war jedoch etwas anderes: Während in Europa eine euphorische Freude über das Ende des Kalten Krieges Platz griff, in Deutschland die zweite Vereinigung (nach der von 1871) auf die Tagesordnung rückte und die Moskauer kommunistische Führung ihr historisches Kapitulieren als großen Erfolg perzipierte, bereitete die US-Regierung eine Neuordnung der Welt vor, zu der an der *Peripherie* auch regionale Kriege

---

[9] Siehe Charta von Paris, in: C. Gasteyger, a.a.O., S. 538 ff.

[10] Siehe P. Salinger, E. Laurent, Krieg am Golf. Das Geheimdossier, München, Wien 1991, S. 49 ff, insbesondere S. 63; E. Crome, Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg, in: IPW-Berichte, Heft 11,12/1991, S. 40-43.

gehörten, bei denen sie durch die frühere Gegenmacht des Kalten Krieges nicht mehr behindert werden konnte.

Im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses bestanden die USA auf der Einbeziehung des neu entstehenden einheitlichen Deutschlands in die NATO. Der Sowjetunion die Zustimmung dazu abzuhandeln, schickte Bush seinen Außenminister Baker nach Moskau, der am 9. Februar 1990 mit Staatschef Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse zusammentraf. Die Frage, die Baker stellte, lautete: „Würden Sie ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der NATO und ohne US-Streitkräfte, dafür aber vielleicht mit eigenen Atomwaffen, lieber sehen? Oder ziehen Sie ein wiedervereinigtes Deutschland vor, das an die NATO-Beschlüsse gebunden ist, während gleichzeitig gewährleistet ist, dass die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet?“[11]

Hier sind mehrere Punkte interessant. Zunächst drohten die USA, dass ein nicht kontrolliertes Deutschland zu einer neuerlichen Gefahr für Russland – oder damals noch Sowjetunion – werden könnte, hatte dieses doch zweimal im 20. Jahrhundert in seinen Kriegen zur Eroberung Europas Russland überfallen. Dann folgt die Aussage: Wenn denn nach der deutschen Vereinigung nicht mehr die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Deutschland kontrollieren – im Februar 1990 wurde ja gerade an der Entwicklung des Konzepts gearbeitet, das dann zu der *2+4*-Konstruktion der Verhandlungen über die abschließende Lösung der deutschen Frage und die Beendigung der Vorbehaltsrechte der vier Mächte führen sollte – so wollen dies künftig die USA allein tun. Und dies sollte in Gestalt der dauerhaften Einbindung ganz Deutschlands in die NATO erfolgen. Mit anderen Worten: Moskau wurde die NATO offeriert als Konstrukt zur Kontrolle des künftigen Deutschlands. Wenn diese dauerhaft sein sollte, musste natürlich auch die NATO auf Dauer gestellt sein. Gewissermaßen tragend wurde der alte Ansatz zur Funktion der NATO in Europa, den Lord Ismay, 1952 bis 1957 erster NATO-Generalsekretär, so formuliert hatte: „To keep the Americans in, keep the Russians out and keep the Germans down.“ Dies sollte nun wieder die Perspektive von 1990 sein. Die USA müssten in Gestalt der NATO auf unbegrenzte Zeit in Europa bleiben, schon um die Deutschen unter Kontrolle zu halten, und da die Russen ohnehin keine Kraft mehr dazu hätten, blieben sie dabei draußen. Im Gegenzug wurde Russland zugesagt, dass es keine weitere

[11] M. R. Beschloss, St. Talbott, Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989 – 1991, Düsseldorf 1993, S. 245.

Osterweiterung der NATO, über das Territorium der DDR hinaus, geben sollte, *um keinen Zentimeter*, oder in anderer Übersetzung, „dass die NATO ihr Territorium um keinen Daumenbreit in Richtung Osten ausweitet". Die NATO wurde in den Folgejahren dennoch nach Osten ausgeweitet. Gorbatschow sieht sich und Russland noch heute hintergangen: „Washington dachte damals, dass es uns als Konkurrenten nicht mehr gibt und dass es sich alles leisten kann. Die USA waren darauf aus, ein neues Imperium zu errichten."[12]

Nach dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch des kommunistischen Gesellschafts- und Staatensystems im Osten Europas und dem Zerfall der Sowjetunion hätte spätestens mit dem Ende des Warschauer Vertrages auch das Ende der NATO historisch auf der Tagesordnung gestanden. Die USA jedoch bestanden auf deren Fortexistenz, ist doch die NATO die einzige, vertraglich fest gefügte Verankerung, die die NATO-Staaten, historisch zunächst Westeuropa, an die USA bindet und umgekehrt diesen die Möglichkeit gibt, direkt unmittelbar und vertraglich sanktioniert in europäische Angelegenheiten einzugreifen. So war die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO nicht nur die wichtigste Bedingung der USA, der deutschen Vereinigung zuzustimmen, sondern das eigentliche Ziel der US-amerikanischen Europapolitik 1989/90, wofür auch die Zustimmung der Sowjetunion erlangt werden sollte und erlangt wurde. Alle damaligen Äußerungen der US-Administration zur *Viermächte-Verantwortung* für Deutschland, zur Rolle der KSZE usw. erscheinen aus heutiger Sicht eher als „taktisch-diplomatische Kunstgriffe zum Erreichen dieses Ziels".[13]

Die Erhaltung, Aufrechterhaltung und Ausweitung der NATO und ihre Suche nach neuen Aufgaben ist also nicht einfach ein organisationssoziologisches Phänomen, dass Organisationen, einmal in die Welt gesetzt, den Drang haben, sich fortzuzeugen und gegebenenfalls neue Aufgaben zu suchen, und die sie tragenden Bürokratien gern ihre angestammten Rollen weiterspielen wollen, wie etliche Beobachter unterstellt haben. Sie entspringt dem Kern der Deutschland- und Europapolitik der maßgebenden Kräfte der USA und deren Vorstellung von der Rolle Europas bei der Umsetzung dessen, was Gorbatschow „ein neues Imperium zu errichten" genannt hat.

Das ist auch heute, unter dem Vorzeichen eines *liberalen Imperialismus*, wie er unter Präsident Obama nach Bush II wieder Konturen annimmt, eine Kon-

---

[12] Der Spiegel, Heft 14/2009, S. 113.

[13] A. v. Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002, S. 212.

stante. Daniel Hamilton, Direktor des Center for Transatlantic Relations, Washington D.C., betonte auf einer kürzlich stattgefundenen Konferenz zur Perspektive der NATO drei Punkte. Erstens: „Die Verpflichtung der NATO zu einer gemeinsamen Verteidigung ist das Herz der Allianz. Eine NATO, die sich ständig vergrößert, ohne in der Lage zu sein, das erweiterte Gebiet des Paktes zu verteidigen, läuft Gefahr, ein inhaltsleeres Bündnis zu werden." Das stellt eine Abkehr von der unter Bush II praktizierten Verfahrensweise dar, *Koalitionen der Willigen* an die Stelle der NATO-Institutionen zu setzen. Zweitens werden die NATO und die damit verbundene Einbindung der USA in die europäischen Angelegenheiten auch weiterhin als Bedingung für Frieden und Stabilität unterstellt. „Ein Mangel an Vertrauen in die grundlegende Verteidigungsbereitschaft der NATO könnte zudem ein zentrales Element des Bündniszwecks untergraben: nämlich die Rückkehr zu jener Nationalisierung der europäischen Verteidigung und der Sicherheitsgarantien zu verhindern, die Europa in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt hat." Damit ist gesagt: Ohne die NATO und die Anwesenheit der USA in Europa wären die Europäer – EU hin, OSZE her – nicht in der Lage, untereinander Frieden zu halten. Das hat Hamilton in seinem mündlichen Beitrag auf der Konferenz auch tatsächlich so gesagt. Und drittens hob er hervor: „Die NATO muss eine unterstützende Funktion im Rahmen einer sehr viel breiter angelegten Strategie transatlantischer Widerstandsfähigkeit haben, die über die Sicherheit des eigenen Territoriums hinausgeht." Daraus wird dann der Anspruch abgeleitet, auch weit über das eigene Territorium hinaus militärische Einsätze in der Welt durchführen zu können, die dann mit zivil-militärischen Aktivitäten verbunden sein sollen. „Die Bedrohungen der Bündnissicherheit haben ihren Ursprung nicht unbedingt auf dem Territorium, das durch den Nordatlantikpakt abgedeckt ist. Viele sind nichtmilitärischer und asymmetrischer Natur. Dennoch können sie eine direkte Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Gesellschaften darstellen. Diese Bedrohungslage bedeutet, dass die NATO drei Hauptaufgaben in der Welt hat: Krisenprävention und Krisenintervention, wobei humanitäre und Katastrophenhilfe eingeschlossen ist; Durchführung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen; Verbesserung der eigenen Fähigkeiten, effektiv mit Partnern zusammenzuarbeiten, seien dies Staaten, internationale Regierungsorganisationen oder Nichtregierungsorganisationen."[14]

---

[14]Das war eine Internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung unter dem Titel *Die NATO in einer veränderten Welt – Auslaufmodell oder unverzichtbare Allianz?* am 6./7.03.009 in Berlin. Sie war gezielt in das Vorfeld der Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der NATO gestellt.

Damit soll die NATO nicht nur militärisch-politisches Bündnis zur Verteidigung seiner Mitglieder sein, gegen wen auch immer, sondern Weltpolizei-Aufgaben wahrnehmen, die aus einer diffusen, nicht wirklich spezifizierten Bedrohungsanalyse abgeleitet werden. Die Weichenstellungen dazu erfolgten auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991, nur wenige Monate nach der Auflösung des Warschauer Vertrages, die am 1. Juli 1991 vereinbart worden war. Anstelle der großen Bedrohung war jetzt die Rede von „Instabilität und Spannungen", einem „Umfeld von Ungewissheit und unvorhersehbaren Herausforderungen". Der Kern des Herangehens war durchgängig die „Umgestaltung des Bündnisses".[15] Von Auflösung war nie die Rede. Das wurde dann weiterentwickelt in der Erklärung des NATO-Gipfels aus Anlass des 50. Gründungstages 1999. In einer kritischen Analyse hieß es dazu: „Während die Warschauer Vertragsorganisation sich 1991 auflöste, gab sich der westliche Militärpakt eine neue Existenzberechtigung und definierte das sicherheitspolitische Umfeld neu. An die Stelle der ‚Hauptbedrohung der Vergangenheit' traten Risiken, die ‚ihrer Natur nach vielgestaltig' sind und ‚aus vielen Richtungen' kommen, ‚was dazu führt, dass sie schwer vorherzusagen sind' (Rom, Ziffer 9). Die Risiken ergaben sich für die NATO ‚weniger aus der Wahrscheinlichkeit eines kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner', als vielmehr aus ‚Instabilitäten', ‚der Verbreitung von ... Massenvernichtungswaffen und ballistischer Flugkörper', dem Vorhandensein großer Militärarsenale, die (wieder) gegen die NATO gerichtet werden könnten oder auch ‚der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten' (Rom, Ziffer 10-13). Regional verortete die NATO bereits 1991 die Risiken in Mittel- und Osteuropa, dem GUS-Raum sowie am südlichen Mittelmeer und im Nahen Osten, betonte aber zugleich: ‚Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen.' (Rom, Ziffer 13 und wortgleich Washington, Ziffer 24). Schon 1991 war also die Out-of-area-Ausrichtung der NATO und damit die Umorientierung auf Offensivaufgaben beschlossen worden. An dieser Stelle ist hundertprozentige Kontinuität der NATO-Politik zu verzeichnen. Allerdings ist die Liste der Sicherheitsrisiken erweitert worden: Neben dem Risiko ‚des organisierten Verbrechens' wird ‚die unkontrollierte Bewegung einer großen

---

Die Zitate sind entnommen aus Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Die NATO in einer veränderten Welt, Berlin 2009, S. 10 f.

[15] Erklärung von Rom über Frieden und Zusammenarbeit, in: C. Gasteyger, a.a.O., S. 436 f. Das strategische Dokument, The Alliance's New Strategic Concept, agreed by the Heads of State and Government participating in the Meeting of the North Atlantic Council, unter http://www.nato.int/cps/en/SID-A4CCE1ED-8BF2B255/natolive/official_texts_23847.htm.

Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte' neu angeführt (Washington Ziffer 20). Demnach sieht die NATO ihre Sicherheit durch Flüchtlingsbewegungen beeinträchtigt. Während sich zur Zeit des Kalten Krieges nur der Warschauer Pakt von der NATO bedroht sehen konnte, können heute alle Länder, die die NATO als ‚Risikofaktor' eingestuft hat, ins Fadenkreuz geraten. Der Jugoslawien-Krieg war ein erster Anwendungsfall."[16]

Metamorphosen

Aus Sicht der Sowjetunion und später Russlands wurde die NATO-Osterweiterung stets als Vorrücken der geostrategischen und militärischen Positionen der USA und des von ihnen dominierten militärisch-politischen Gefüges in Richtung Osten verstanden und zunächst offen abgelehnt. Aus Sicht der politischen Klassen in Warschau, Prag und Budapest dagegen wurde die Aufnahme in die NATO als Rückversicherung gegenüber Moskau und Konsequenz des Systemwechsels angesehen. Aus polnischer Perspektive gab die Aufnahme in die NATO darüber hinaus die Möglichkeit, auch mit dem größeren und wirtschaftlich ungleich stärkeren Deutschland *auf gleicher Augenhöhe* zu verkehren.[17] Die ursprünglichen westeuropäischen NATO-Partner haben die Erweiterungsprozesse ihrerseits mitgetragen und im Sinne ihrer jeweiligen Interessen zu beeinflussen versucht.

Die erste NATO-Osterweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn im Jahre 1999 ging noch davon aus, dass die erreichte Kriegführungsfähigkeit der Organisation erhalten bleiben sollte. Die Militärorganisation, ihre Institutionen und Strukturen, wie sie sich bis dahin herausgebildet hatten, sollten weiter bestehen. So erfolgte die Erweiterung zunächst eher restriktiv, lediglich um diese drei Länder, verbunden mit der Aussage, später weitere Länder aufnehmen zu wollen. Dann wurden der Krieg der NATO gegen Jugoslawien (1999) geführt und der Krieg der USA gegen den Irak (2003) angezettelt. Der Jugoslawien-Krieg war – im Unterschied zum zweiten Golfkrieg 1991 – einerseits die Probe darauf, einen Angriffskrieg außerhalb der UNO zu führen, sich selbst dazu zu ermächtigen und sich dabei über geltendes Völkerrecht hinwegzusetzen. Daran waren alle damaligen NATO-Staaten beteiligt. Insofern war die Nichtbeteiligung einer Reihe von NATO-Staaten, darunter Deutschland, Frankreich und Belgien, an dem Krieg gegen den Irak Ausdruck einer gewan-

---

[16] Friedensmemorandum des Bundesausschusses Friedensratschlag 2000, unter: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/memorandum/NATO-Strategie.html.

[17] Siehe B. Koszel, Polens dorniger Weg zur NATO, in: WeltTrends, Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Berlin, Heft 10/Frühjahr 1996, S. 45 ff.

delten Position dieser Staaten und einer veränderten Konstellation innerhalb der NATO. Andererseits war die NATO 1999 noch im herkömmlichen Sinne als Militärbündnis in Erscheinung getreten: Die anderen Mitgliedsländer redeten mit, und die USA mussten politisch und in der unmittelbaren Kriegsführung auf diese Rücksicht nehmen.

Die internationale Lage hatte sich mit dem Amtsantritt der Administration von Bush II und den Folgen der Anschläge auf US-Einrichtungen am 11. September 2001 deutlich verändert. Sie war von dem Bestreben der USA gekennzeichnet, ein von ihnen bestimmtes imperiales Gefüge zu errichten. Imperiale Strukturen sind nichts Neues in der Geschichte. Ihre Errichtung wie ihr Zerfall kosten jedoch in der Regel große Opfer. Die mit dem Krieg gegen den Irak verbundenen Ziele waren weitreichend. Es ging nicht allein darum, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen. Der Sturz sollte entscheidend und sichtbar durch die USA und ihre überwältigende militärische Macht erfolgen. Das zielte nicht allein darauf, den Irak zu regieren, sondern der islamischen Welt die überlegene Macht der USA und des Westens zu demonstrieren. Es ging auch nicht vordergründig um Öl, sondern um Geopolitik. Der Irak liegt im Zentrum der Region zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf. Wenn die USA ein hinreichend großes Kontingent an Luftstreitkräften und Bodentruppen im Irak stationieren, so war das Kalkül, sind sie die militärisch stärkste Macht in der Region. Dann müssten alle anderen Staaten der Region, darunter die Regimes von Saudi-Arabien und Iran, ihre Interessen in Bezug auf die veränderte Lage, die US-Präsenz in der Region, neu definieren. Dann wären auch die Europäer gezwungen, sich rascher auf eine „*integrierte Verteidigungspolitik* einzulassen – die natürlich ebenfalls die Kontrolle der USA über Europa wieder vergrößern würde.

Ideologisch verbrämt wurde dies mit demokratie-theoretischen Argumentationen. Bei Deutschland und Japan nach 1945 habe die Einführung der *Demokratie* (und USA-freundlicher Regierungen) unter Besatzungsregimes ja auch erfolgreich funktioniert. Dann seien die autoritären Regimes, nicht nur in Spanien und Portugal, demokratischen gewichen, schließlich auch der osteuropäische Kommunismus. So handle es sich jetzt um die vierte oder die fünfte – wie auch immer gezählt wird – *Demokratisierungswelle*, jetzt im arabisch-islamischen Raum. In Afghanistan sei es mittels Krieges ja auch gelungen, die *Demokratie* – die sich unter dieser Perspektive als Vorgang des Wählens zwischen unterschiedlichen politischen Personen versteht – einzuführen. Tatsächlich war *Demokratie* hier die Chiffre nicht für Volksherrschaft, sondern für die Installierung von Regimes, die in einem positiven Verhältnis zu den USA stehen, kurz: ihnen untertan sind, zum gegenwärtigen imperialen Gefüge in der Welt gehören.

Das Scheitern der Strategie der USA in Irak und Afghanistan verhinderte weitere Kriege dieser Art. Zu den Wahlaussagen Obamas gehörte, die US-Truppen aus dem Irak abziehen zu wollen. Jetzt ist ein solcher Abzug festgelegt. Das dortige Regime soll sich festigen. Zugleich emanzipiert sich die irakische Regierung in Richtung eigener Interessenwahrnehmung. Der Afghanistankrieg dagegen soll fortgesetzt werden. Obama entsendet weitere 17.000 Mann US-Truppen und warb auf dem NATO-Gipfel in Strasbourg und Kehl/Baden-Baden um weitere Unterstützung der Europäer für diesen Krieg. Die Erklärung dafür, weshalb der Krieg von Bush II im Irak falsch, der in Afghanistan aber richtig sein soll, blieb er schuldig. Die dem zugrunde liegende Einschätzung lautet nun: „Afghanistan ist für das Bündnis zur Feuerprobe geworden. Die Glaubwürdigkeit der NATO steht auf dem Spiel.“[18] Gesichtswahrung als politisches Ziel hat mit den ursprünglichen Kriegsgründen und der militärischen, politischen und gesellschaftlichen Situation im Kriegsgebiet aber gar nichts mehr zu tun. Sie proklamiert den Krieg als Selbstzweck.

Die gewandelte NATO

Vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Lage hatte sich die Rolle der NATO gewandelt. Sie wurde von den USA als politisches Bündnis genutzt, wenn die anderen Mitglieder die USA-Politik unterstützen, und sie wurde ignoriert, sofern sich dort Widerstände auftaten. Eine *Mitsprache* wie während des Jugoslawien-Krieges war unter Bush II weder gewollt noch akzeptiert. Die im November 2002 auf dem NATO-Gipfel in Prag beschlossene Erweiterung um weitere sieben Staaten – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien – ging dann nicht mehr von einer Kriegführungsfähigkeit der NATO als Militärorganisation in einem herkömmlichen Sinne aus. Vielmehr sollte sie, verbunden mit dem ebenfalls in Prag gefaßten Beschluss, *NATO-Reaktionskräfte* zu schaffen, die weltweit einsatzfähig sein sollen, zu einer Art *Baukasten* mutieren, um *Koalitionen der Willigen* wie während des Irak-Krieges zu bilden.

Die NATO sollte dabei für die USA die Funktion behalten, direkten Einfluss auf die europäischen Entwicklungen und die einzelnen europäischen Staaten auszuüben. Dies wurde mit dem Beitritt auf weitere osteuropäische Länder ausgedehnt. Über die NATO werden zugleich die Umrüstung und weitere Aufrüstung der Armeen der neuen Mitglieder gesteuert. Dabei werden diese gleichsam von Kunden des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK) Russlands zu Kunden des MIK der USA und teilweise Westeuropas. Geopolitisch

[18] D. Hamilton, a.a.O., S. 11.

wurde die strategische Landverbindung in Ost-Mittel-Europa zwischen Norwegen und der Türkei weiter ausgebaut. Mit dem Hinweis auf Albanien, Mazedonien und Kroatien wurde bereits in Prag eine dritte Runde der Osterweiterung der NATO angekündigt. Dabei blieb offen, ob eine solche Erweiterung auf diese drei Länder beschränkt bleiben soll. Albanien und Kroatien wurden 2008 zum Beitritt eingeladen. Der Beitritt erfolgte auf dem NATO-Gipfel 2009. Der Beitritt Mazedoniens liegt wegen des Namensstreites mit Griechenland auf Eis. Serbien gilt mittlerweile ebenfalls als Kandidat. Der Beitritt Georgiens und der Ukraine würde die NATO nun noch direkter an die Grenze Russlands bringen. Er liegt nach dem Kaukasus-Krieg von 2008 ebenfalls auf Eis, ist aber weiter Teil des strategischen Kalküls.

Mit den Entwicklungen seit dem Prager Gipfel wurde die NATO ein Bündnisgefüge, das stärker politischen Charakter hat. Zugleich wurde sie unter Bush II *militärischer*, nicht im Sinne einer herkömmlichen Landesverteidigung, sondern im Sinne eines Rekrutierungsfeldes für *Koalitionen der Willigen* der USA. Dabei wurde sie zugleich *pro-amerikanischer*, wie die Unterstützungserklärungen mehrerer ostmitteleuropäischer-, südosteuropäischer und osteuropäischer Regierungen für den Irak-Krieg der USA gezeigt haben, die die US-Regierung zielgerichtet gegen die politischen Positionen Deutschlands und Frankreichs zu nutzen versuchte. Alle osteuropäischen Länder, die sich seit Ende der 1990er Jahre der NATO anschließen, treten einer anderen politisch-militärischen Organisation bei, als die, die sie vor 1989 zu sehen vermochten. Damit sind neue Frustrationen gleichsam vorprogrammiert.

Die EU hat sich mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam weiter auf dem Wege der Integration entwickelt. Die Spannungen zwischen der EU und den USA auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet haben mit dem Euro weiter zugenommen, schon deshalb, weil der Euro die Rolle des US-Dollar als Weltreserve-Währung unterminiert. Die daraus resultierenden Konflikte werden in der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds (IMF) ausgetragen. Zugleich wurde die NATO ebenfalls zu einem Austragungsfeld der Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa, vor allem Deutschland und Frankreich. Kurz nach dem Jugoslawien-Krieg beschloss der Europäische Rat, das höchste Organ der EU, auf seiner Tagung in Köln am 3. und 4. Juni 1999 den Aufbau einer eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie soll die Zukunft der EU maßgeblich mitbestimmen. Zentrales Ziel ist die Erweiterung der äußeren Handlungsfähigkeit der EU durch den Aufbau auch militärischer Fähigkeiten. Im Hintergrund steht eine Lageeinschätzung im Gefolge des Jugoslawien-Krieges, wonach die EU bei der Realisierung außenpolitischer Interessen nicht auf die militärischen Kapazitäten der USA ange-

wiesen sein will. Deshalb wurde beschlossen, eine eigene Eingreiftruppe der EU zu schaffen. Die in Prag beschlossene Bildung von NATO-Reaktionskräften (NATO Response Force) war dagegen geeignet, diese Bemühungen der EU zu konterkarieren und wieder der Kontrolle der USA zu unterstellen.

Nach dem NATO-Gipfel von 2009 ist zweierlei deutlich: Alle beteiligten Seiten sind bestrebt, eine Kooperation und Koordination zwischen der weiteren Entwicklung der NATO und den militärischen Entwicklungen der EU zu gewährleisten. Zugleich hat Obama deutlich gemacht, dass die USA eine eher partnerschaftliche Kooperation innerhalb der NATO wollen, also die Europäer in die Entscheidungen über die weitere Ausformung der Organisation stärker einbeziehen wollen. Das hat seinen Preis, etwa in Gestalt des Druckes, das *Engagement* in Afghanistan zu verstärken.

Die Frage nach dem Daseinszweck der Organisation harrt jedoch weiter einer Antwort. Das betrifft auch das realpolitische Spannungsverhältnis zwischen EU und NATO. Die Osterweiterung der EU und der NATO haben Einfluss auf die Entwicklungsprozesse im Osten Europas. Zunächst sind sich die beteiligten Akteure in der EU darüber im Klaren, dass es auch für die EU die Gefahr einer *Überdehnung* gibt. Der Raum, der von Brüssel aus organisiert und kontrolliert werden kann, wird räumlich, bevölkerungsmäßig und was die Zahl der direkt mit einer Beitrittsperspektive einbezogenen Staaten anbetrifft, begrenzt bleiben müssen. Dabei scheint klar, dass Russland nicht Mitglied der EU werden wird und dass es eine Grenze zwischen dem Integrationsraum der EU und Russland bzw. dem es umgebenden postsowjetischen Integrationsraum geben wird. Die Frage, was mit den dazwischen liegenden Ländern wird, darunter der Ukraine, wird wohl für längere Zeit nicht eindeutig beantwortet werden können. Möglicherweise ist eine wechselseitige Einbindung in eine enge Kooperation mit der EU einerseits und Russland andererseits bei gleichzeitig kooperativen Beziehungen zwischen der EU und Russland die günstigste Lösung des Problems der Organisierung der Zusammenarbeit im Osten Europas. Jedenfalls wäre das Warten auf die Eröffnung einer Beitrittsperspektive in die EU äußerst problematisch und eher kontraproduktiv. Dabei sollte diese Zusammenarbeit so beschaffen sein, dass nicht neue Mauern in Europa errichtet werden.

Das Argument in Bezug auf einen NATO-Beitritt, das bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zum Beispiel in Polen und Ungarn eine Rolle spielte, lautete, man wolle nicht in einer *Grauzone* der Sicherheit zwischen NATO und Russland verbleiben. Mit der Osterweiterung der NATO verschwindet das Problem der *Grauzone* nicht, sondern es verlagert sich geographisch nach Osten, es sei denn alle verbleibenden Staaten im Kaukasus, die Ukraine, Belarus und Moldawien werden in die NATO aufgenommen, was die Spannungen

mit Russland aber objektiv weiter vergrößern würde und zwar unabhängig vom Wollen der beteiligten politischen Akteure.

Mit dieser Veränderung der NATO werden die einbezogenen Länder zunehmend in Konflikte hineingezogen, die Konflikte der USA sind und in der Regel in der Dritten Welt liegen bzw. ausgetragen werden. Das kann wachsende Spannungsverhältnisse von Ländern des Südens auch gegenüber osteuropäischen Ländern hervorrufen oder verstärken. Insofern kann es für alle europäischen Länder – ob seit langem in der NATO, jetzt Beitrittsland oder auch künftig nicht NATO-Mitglied – nur gut sein, zur Stärkung der UNO und des internationalen Rechtes beizutragen.

Die weitere Entwicklung der Sicherheitslage Gesamteuropas wird in stärkerem Maße als von etlichen Analytikern bisher gedacht von der russischen Politik und ihrem Agieren zwischen EU, USA und NATO abhängen. Die NATO hat bereits jetzt ihren Charakter verändert. Mit der weiteren Ostausdehnung verändert er sich weiter. Wenn am Ende alle Staaten der Region, bis Wladiwostok, Mitglied der NATO wären, würde sie in der Tendenz eine politische Organisation der regionalen Sicherheit werden und etwas völlig anderes sein als jetzt. Im Grunde würde sie dann mit der OSZE eins werden. Wenn die NATO aber dauerhaft nicht in die Lage kommt, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu ersetzen, ist es an der Zeit, über neue Konzepte zur Stärkung der OSZE und zur friedlichen Beilegung von internationalen Konflikten nachzudenken. Die derzeitigen Erweiterungsprozesse der NATO sind geeignet, den Zustand geteilter Sicherheit in Europa aufrechtzuerhalten. Das jedoch bedeutet, dass die OSZE als überwölbendes Dach erforderlich bleibt.

Nachdenken über Alternativen

Das Fazit des bisher Gesagten lautet, dass die NATO keine positive Rolle für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt spielen kann. Die Ausarbeitung von Alternativen beginnt mit der Infragestellung der Bedrohungsszenarien. Die Untersuchung der Kriegsursachen ist ein Teil dessen. Gegenüber der offiziellen Position, die Militäreinsätze stets aus deren Unausweichlichkeit und Alternativlosigkeit herzuleiten versucht, muss eine Analyse von Konfliktursachen und Konfliktverläufen erfolgen, die zugleich die Ergebnisse von Militäreinsätzen und Militärinterventionen untersucht. Daran schließt sich die Darstellung von Möglichkeiten friedlicher Konfliktbearbeitung und -lösung an. Neben der Bearbeitung von Konfliktvermeidungsstrategien kommt der Debatte von Möglichkeiten und Strategien zur friedlichen Konfliktbeilegung eine wichtige Rolle zu. Es ist richtig, dass die Linke stets laut und deutlich ihren Protest gegen Militärabenteuer zur *Konfliktlösung* artikuliert. Gebraucht werden jedoch auch eine fundierte Analyse der

jeweiligen Konfliktsituation sowie die Entwicklung möglicher Linien zur friedlichen Konfliktbeilegung. In der Konsequenz geht es darum, von den Regierungen konsequent die Ausschöpfung aller politischen Mittel zur Beilegung von bereits aufgebrochenen oder zur Verhütung von Konflikten einzufordern.

Die vielleicht folgenreichste Illusion am Ende des 20. Jahrhunderts war die, das Ausräumen des Ost-West-Konflikts würde eine lange Phase des Friedens einleiten. Auf das Ende der Organisation des Warschauer Vertrages ist nicht die Auflösung der NATO gefolgt. Insofern bleiben NATO-Auflösung und zunächst Austritt aus deren Militärorganisation wichtige, langfristige politische Forderungen der Linken.

Diese Illusion hatte einen speziellen Namen: *Friedensdividende*. Gemeint war, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und des damit verbundenen Wettrüstens würden Mittel frei werden, die weltweit in die Lösung sozialer, ökologischer und anderer drängender Probleme gesteckt werden könnten. Einige Zeit in den 1990er Jahren sah es so aus, als würde es in diese Richtung gehen. Jedenfalls sanken zunächst die Rüstungsausgaben. US-Präsident Bush II hat seit 2001 (dem *11. September*) drastisch umgesteuert. 2006 stiegen die Militärausgaben gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent und erreichten weltweit 1.204 Milliarden US-Dollar. Das ist die Größenordnung, die am Ende der Block-Konfrontation und der Reagan-Jahre, die ebenfalls Hochrüstungsjahre waren, im Jahre 1988 erreicht worden war. 528 Milliarden Dollar, das sind 46 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben, entfallen dabei allein auf die USA. Sie sind heute das einzige Land der Welt, das militärtechnologisch von anderen Staaten unabhängig ist. 80 Prozent ihres Umsatzes wickeln die US-amerikanischen Rüstungskonzerne mit den US-Streitkräften ab, nur 20 Prozent entfallen auf Exporte, die allerdings ebenfalls die größten der Welt sind. Damit sind die USA weder auf Importe für ihre Streitkräfte noch auf Exporte für ihre Rüstungsfirmen angewiesen – nahezu alle anderen Staaten der Welt sind auf Importe, und seien es nur einzelne Waffensysteme oder Komponenten, angewiesen und Russland, der zweitgrößte Exporteur der Welt, auf Erlöse aus dem Export, um seine Produktion und waffentechnische Entwicklung weiter betreiben zu können. Insgesamt gab es in den USA unter Bush II eine Verdopplung der Militärausgaben seit 2001. Weltweit sind die Militärausgaben in dieser Zeit um über 25 Prozent gestiegen.

Weitere zwanzig Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen auf die anderen NATO-Länder, das heißt die NATO ohne die USA, was praktisch bedeutet, dass die NATO für etwa zwei Drittel dieser Ausgaben weltweit verantwortlich ist. Die Militärhaushalte Chinas und Russlands steigen ebenfalls, machen jedoch nur fünf bzw. drei Prozent der Rüstungsausgaben in der Welt

aus. Russland erhöhte seine Rüstungsausgaben auf geschätzte 34 Milliarden Dollar (2008), China von 26,1 Milliarden US-Dollar im Jahre 2001 auf etwa 66 Milliarden 2008. Der durchschnittliche Anteil der Rüstungausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt im Falle der USA bei vier Prozent und im Durchschnitt der anderen NATO-Länder bei 1,7 Prozent. Die regionalen Trends sind unterschiedlich. Lateinamerika, Mittelamerika und die Karibik gehören zu den am wenigsten militarisierten Regionen der Welt. Der durchschnittliche Anteil der Militärausgaben am BIP betrug dort 2005 insgesamt 1,3 Prozent. Im Falle Brasiliens liegt er allerdings bei 3,1 Prozent und ist in den vergangenen Jahren angehoben worden. Das Land fühlt sich offenbar durch die Militär- und Rüstungspolitik der USA bedroht, wie auch andere große Staaten.

Das verstärkte Rüsten der USA hat eine zunehmende Aufrüstung anderer Länder zur Folge, auch wenn China deutlich gemacht hat, dass es sich durch die USA nicht in ein ruinöses Wettrüsten drängen lassen will, wie es die Sowjetunion im Kalten Krieg tat. Zugleich ist es aber bemüht, hinreichende militärische Kapazitäten vorzuhalten, die einen direkten militärischen Druck der USA zu kompensieren in der Lage sein sollen. Im Falle Russlands ist es augenscheinlich ähnlich. Zugleich sind die USA technisch uneinholbar aufgerüstet, so dass keine dieser Mächte, auch nicht die Europäische Union, sich darauf einlassen kann, mit den USA in eine militärische Konkurrenz zu treten. Das hat die Welt aber nicht sicherer gemacht. Das Bonner Zentrum für Konversion konstatiert eine „anhaltende Militarisierung", die sich in „einer raschen Zunahme von kriegerischen Auseinandersetzungen" widerspiegelt. Und weiter: „Zwischen 2005 und 2006 stieg die Anzahl an Konflikten, bei denen zumindest sporadisch physische Gewalt angewendet wurde, von 91 auf 111. Die Anzahl an Konflikten, die durch systematische Anwendung von Gewalt charakterisiert sind, kletterte von 16 auf 22. Die bei Weitem gewalttätigsten Konflikte im Jahr 2006 fanden in Afghanistan, Irak, Israel/Libanon, Somalia, Sri Lanka und dem Sudan statt."[19]

Mit anderen Worten: Jene Konflikte, an denen sich die USA bzw. der Westen direkt beteiligen, sind die blutigsten. Die Hochrüstung hat nicht zu einer besseren Sicherheitslage in der Welt, sondern zu mehr Unsicherheit geführt. Es hat auch in der länger zurückliegenden Geschichte keine Kräftekonstellation gegeben, in der ein forciertes Wettrüsten nicht zu Krieg und Elend geführt hat. Das stillschweigende Abtreten der Sowjetunion nach 1989 ist hier die

[19] Bonn International Center for Conversion, Jahresbericht 2006/2007, S. 16.

Ausnahme. Übrigens hat auch auf diesem Feld das *geräuschlose* Fungieren der derzeitigen Bundesregierung seine Ergebnisse gezeitigt: Deutschland rückte im weltweiten Rüstungsexport im Jahre 2006 auf Platz drei vor und führte Rüstungsgüter im Wert von 3,9 Milliarden US-Dollar aus. 2005 waren es *nur* 1,5 Milliarden.

Neben der neuen Dimension des Wettrüstens sind die sich in die Länge ziehenden Kriege des Westens in Irak und Afghanistan Menetekel der Aussichtslosigkeit derzeitiger Politik. Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, hatte in seiner Karfreitagspredigt 2008 darauf verwiesen, dass im April 2003, als der Krieg der USA zur Besetzung des Irak begann, noch etwa 1,5 Millionen Christen in Irak gelebt haben. Inzwischen habe etwa die Hälfte von ihnen das Land verlassen. Es sei auf beklemmende Weise grotesk, dass es ihnen unter der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein besser gegangen ist als unter dem Protektorat der USA. „Der Irak-Krieg ist eine globale Sackgasse; eine Straße des Elends und der Hoffnungslosigkeit. Es ist zugleich die teuerste Sackgasse aller Zeiten.“[20] Joseph Stiglitz, Träger des Nobelpreises für Wirtschaft von 2001 und ehemals Chefökonom der Weltbank, hat ein Buch über die Kosten des Irak-Krieges geschrieben.[21] Als der Krieg vor sechs Jahren begonnen wurde, behauptete der damals für das Militär zuständige Minister Rumsfeld, die Kosten der Operation würden 50 Milliarden Dollar betragen. Sie werden um das Sechzigfache höher liegen und, allein für die USA, mit allen Folgekosten etwa drei Billionen Dollar betragen. Der Rest der Welt zahlt weiter drauf. Es war der zweitlängste Krieg der USA nach dem Vietnamkrieg und der zweitteuerste nach dem Zweiten Weltkrieg. Und die Mittel wurden der Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme entzogen. Mit den drei Billionen Dollar hätte man acht Millionen Einfamilienhäuser in den USA bauen können – in diesem Sektor brach bekanntlich die Kreditkrise in den USA aus –, die Gesundheitsversorgung für weltweit 530 Millionen Kinder für ein Jahr bezahlen können oder 15 Millionen Schullehrer oder Stipendien für 43 Millionen Studenten. Das sind die gesellschaftlichen Kosten eines solchen Krieges – die finanziellen. Was die Opfer anbelangt, wurde kürzlich der 4000ste US-Soldat getötet, 60.000 wurden bisher verwundet. Die Zahl der irakischen Todesopfer in dieser Zeit wird auf 700.000 geschätzt. Vier Millionen Iraker sind aus dem Lande

[20] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.2008.

[21] Siehe J. E. Stiglitz, L. J. Bilmes, The Three Trillion Dollar War. The True Cost of the Iraq Conflict, New York, W. W. Norton & Company, 2008.

geflohen. Wird Bilanz gezogen, so erweist sich auch im Sinne der geopolitischen Strategie der Urheber diese Politik als gescheitert.

Am Ende erweist sich, dass der *Peripherie-Krieg* hinsichtlich der Opfer und der Kosten zu einem Krieg ausgeartet ist, den die reichen und mächtigen USA nicht mehr zu tragen vermögen. Er zeigt exemplarisch, dass die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht mit militärischen Mitteln lösbar sind. Eine militärisch orientierte Außenpolitik ist ebenso eine Sackgasse wie die Selbstbewegung des Wettrüstens. Damit muss das Ringen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wieder zu einem zentralen Thema friedensorientierter Außenpolitik bzw. linker Friedenspolitik werden. Das bedeutet auch, dass es nach den atmosphärischen Veränderungen, die Obama bisher schon bewirkt hat, Veränderungen in der Substanz der Politik des Westens geben muss. Die Politik Deutschlands ist gefordert, sich daran zu beteiligen.

In der Konsequenz heißt das, dass auch etliche der Konzepte, die in der Zeit des Endes des Ost-West-Konfliktes ausgearbeitet und diskutiert worden sind, einer neuen Betrachtung bedürfen, wieder an die Oberfläche gebracht werden müssen. Das betrifft

- die Erfahrung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit und die ihr zugrunde gelegten Prinzipien;
- die damals ausgehandelten Prinzipien, Regularien und Regime der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung;
- die Schaffung von Zonen des Verbots von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von atomwaffenfreien Zonen;
- das Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit;
- die Rolle der UNO und des UNO-Sicherheitsrates, ihrer Möglichkeiten und Grenzen in der Friedenssicherung und der Durchsetzung internationalen Rechts und
- die Weiterentwicklung und Durchsetzung des Völkerrechtes.

Am Ende muss auch das Problem der *Friedensfähigkeit des Kapitalismus* neu diskutiert werden. Das heißt: Welche Chancen für die Erhaltung und Sicherung des Friedens bestehen unter der Voraussetzung, dass Kapitalismus als *normale* Wirtschaftsweise weiter existiert, trotz derzeitiger Weltwirtschaftskrise. Von welchen Faktoren hängt das ab? Womit wir wieder bei der Hegemoniefrage, der Rolle der sozialen Bewegungen und der historischen Verantwortung der politischen Linken wären.

Dr. Erhard Crome,

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Manfred Sauer

NATO – nicht die Sicherheit, die wir meinen

Österreich ist auf Grund seines Bekenntnisses zur immerwährenden Neutralität kein NATO-Mitglied, obgleich es – im Widerspruch dazu – eine enge Zusammenarbeit mit dem Bündnis im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) pflegt. Am 10.02.1995 wurden dazu die entsprechenden Dokumente unterzeichnet und 1997 durch die Bereitschaft einer Mitwirkung an der so genannten Vertieften PfP ergänzt. Damit war auch die Teilnahme im NATO-Kooperationsrat (NAKR) und nach seiner Auflösung im Nachfolgeorgan, dem Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPR), verbunden. Bis heute wurden zahlreiche gemeinsame Projekte verwirklicht, sowohl im Bereich von Ausbildung, Personalaustausch, Beteiligung an Übungen und in der Führungs- und Stabsarbeit bzw. der Teilnahme an gemeinsamen Auslandsmissionen als auch bei der Ausrüstung und Ausbildung ausgewählter Verbände des österreichischen Bundesheeres für einen NATO-kompatiblen Einsatz (Zertifizierung).

Österreichische Militärangehörige sind in nationaler und internationaler Funktion in der NATO tätig. Verteidigungs- und Außenministerium stellen Offiziere, Beamte und Diplomaten für die entsprechenden Dienststellen ab. Die österreichische Militärmission in Brüssel, die für NATO-, EU- und Rüstungsangelegenheiten zuständig ist, zählt rund 60 Personen vor Ort. Der jetzige Vertreter unseres Landes im UN-Sicherheitsrat, Botschafter Mayer-Hartig, war in einer vorangegangen Verwendung für österreichische NATO-Kontakte zuständig. Wie sehr unsere Bundesregierung auf Zurufe von USA und NATO reagiert, zeigt das Thema Afghanistan. Nach zwei Militärmissionen (2002 und 2005) sind derzeit zwei Verbindungsoffiziere abgestellt. Auf Aufforderung, mehr zu leisten, hat die Regierung die mögliche Aufstockung auf bis zu neun Soldaten beschlossen und eine Teilnahme an der Ausbildung von Sicherheitskräften aus Afghanistan in Aussicht gestellt. Auch wenn dies nur ein vergleichsweise symbolischer Beitrag ist, wird alles versucht, den kriegführenden NATO-Staaten entgegenzukommen.

Ein NATO-Beitritt Österreichs ist nicht in Sicht und wird mehrheitlich von der Bevölkerung abgelehnt. Durch die enge Verflechtung und Zusammenarbeit innerhalb der PfP-Strukturen ist dies auch nicht zwingend notwendig. Im Rahmen der Vertieften PfP aber hat Österreich u.a. eine wichtige Coach-Funktion für das Heranführen Serbiens, Bosnien-Herzegowinas und Montenegros an die NATO ausgeübt. Erste Priorität für die Regierung ist aber die intensive Zusammenarbeit und Teilnahme in den Militärstrukturen der Europäischen Union mit dem Ziel, auch Herausforderungen im oberen Spektrum

der Petersberger Aufgaben zu bewältigen. Die Minderdotierung des Rüstungshaushaltes aus wirtschaftlichen Gründen und das schwieriger werdende Rekrutieren von gut ausgebildeten Freiwilligen für solche heiklen Missionen stehen der Zielerreichung bis jetzt entgegen.

Wichtige Sicherheitsinstitutionen heute und ihre Aufgaben:

- Eine wesentliche Rolle kommt den Vereinten Nationen zu, wenngleich die Zusammensetzung des Sicherheitsrates nicht mehr zeitgemäß erscheint. Auch wenn der gegenwärtige UN-Generalsekretär für die Durchführung von Militärmissionen immer öfter die Nähe zu EU und NATO sucht, ist die UNO immer noch völkerrechtlich die wichtigste Institution für die Wahrung des Friedens und die alleinige Instanz für eine Gewaltanwendung als äußerstes Mittel.
- Der Vorteil der OSCE ist zweifellos die Vertretung und Beteiligung einer wesentlich größeren Anzahl von Ländern als sie etwa in der Europäischen Union vertreten sind. Eine Weiterführung des Geistes des KSZE-Prozesses im Sinn der Vertrauensbildung und Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe wäre ein guter Beitrag für mehr Sicherheit. Dieses Grundmodell, angepasst an die dortigen Gegebenheiten, könnte vielleicht auch für den Nahen und Mittleren Osten eine interessante Option sein.
- So wie die neue US-amerikanische Administration unter Präsident Obama und Außenministerin Clinton aus demselben Grund einen neuen Ton in der Diplomatie auch gegenüber den früheren Feindstaaten anstimmt, ist auch die NATO mit Legitimations- und Imageproblemen konfrontiert. Wir können zwar die Ernsthaftigkeit der neuen Obama-Politik vorerst nur erhoffen, sehen aber in der NATO-Politik und beim Krieg in Afghanistan kurzfristig keine positiven Veränderungen. Mit neuen Strategien seit dem Gipfel in Rom (1991) und den daraus abgeleiteten Aufgaben für einen Einsatz außerhalb des Bündnisgebietes sowie dem fast zwingenden militärischen Lösungsansatz für alle nur möglichen Sicherheitsprobleme ist die NATO den Weg der Aggression zur Absicherung so genannter westlicher Werte – und nicht den der Deeskalation und der Abrüstung – gegangen. Für die Zeit nach dem Gründungsjubiläum (60 Jahre) wird eher eine Weiterentwicklung und Anpassung dieser Strategie erwartet. Damit soll eine Aufwertung der NATO als *Krisenfeuerwehr* in Bezug auf den neuen Interventionismus aus (vorgeschobenen) humanitären Gründen und für die Sicherung und Kontrolle der Energie- und Rohstoffreserven zu Gunsten der Länder des Nordens erreicht werden. Die Übernahme dieser Konzepte in einzelnen Staaten führt dann zur Multiplikation der falschen Schlüsse und zu denselben Fehlentscheidungen auf der nationalen Ebene. Die vergangenen und geplanten Erweiterungsschritte zur Aufnahme neuer Mitglieder

in die NATO – insbesondere der Reformstaaten, aber auch möglicher außereuropäischer Anwärter – haben zwar damit deren Begehrlichkeit für eine nachfolgende wirtschaftliche Eintrittskarte in den Klub der westlichen Industriestaaten gestillt, aber diese Länder leisten in ihrem Handeln keinen Beitrag zu einer friedenssichernden Politik.

Um eine tiefere Verwurzelung eines von breiten Bevölkerungskreisen getragenen Protestes gegen das mit Atomwaffen ausgerüstete Militärbündnis NATO zu erreichen, wäre eine Ächtung der NATO nach dem Modell der Ächtung verschiedener inhumaner Waffensysteme wie Anti-Personen-Minen anzustreben. In einer an diese Kampagnen angelehnte Argumentationskette werden vielleicht mehr Menschen für einen Widerstand gegen Militärpakte gewonnen.

Es wäre ein Fehler, den Sicherheitsbegriff nur im Zusammenhang beispielsweise mit einem Konzept der kollektiven Sicherheit als alleinigem Element im friedlichen Umgang zwischen Staaten zu sehen. Ohne Zweifel ist dies ein wichtiger Teilaspekt. Sicherheit im anzustrebenden Verständnis der Friedensbewegung erfordert aber eine umfangreichere Sicht der Probleme. Die heutigen wesentlichen Krisen wie Klima, Energie, Hunger, Armut und Wirtschaft erfordern ein Erkennen von Zusammenhängen und gegenseitigen Krisen auslösenden Faktoren. Aus diesem Grund kann auch ein *Krieg gegen den Terror* niemals militärisch gewonnen werden, wenn nicht die Beseitigung ungerechter Verhältnisse im Vordergrund der Politik steht.

Ziel der Friedensarbeit muss es daher heute sein, für die in den Analysen der großen Sicherheitsorganisationen fälschlicherweise dem Militär zur Lösung zugeordneten Problemen und Bedrohungen die zuständigen zivilen Institutionen zu finden. Aufgabe von Friedensforschung und Friedensbewegung ist dann das Ausarbeiten von Lösungskonzepten, die mit den drei wesentlichen Grundsätzen – Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung – übereinstimmen und diese auch einfordern. Ebenso wichtig ist eigenverantwortliches Handeln in einer breiten Sicht auf die zur Diskussion stehenden Fragen und im Erkennen von Zusammenhängen und Gemeinsamkeiten. Das Gefühl der Sicherheit ist nicht durch militärische Konzepte zu erreichen, sondern nur durch die Gesamtwirkung eines Engagements jedes einzelnen Menschen für eine friedlichere und gerechtere Welt.

Manfred Sauer,

IPPNW-Österreich, ÖFR.

Horst Schneider

Gedanken zum Kolloquiumsthema *Gleiche Sicherheit für alle statt NATO-Vorherrschaft*

Im Thema stecken viele Probleme. Zum Beispiel behaupten NATO-Befürworter, dass die NATO Sicherheit in globalem Maßstab garantiere. Können sie nicht auf die Tatsache verweisen, dass die NATO vierzig Jahre lang mit Hilfe der Abschreckung den Frieden zwischen den Weltsystemen erhalten hat? Hat nicht Helmut Kohl am 1. Juni 1989 trompetet: „40 Jahre NATO, das bedeutet 40 Jahre Frieden und Sicherheit"? Müsse nicht deshalb die NATO als Friedensgarant gefeiert und die NATO-Politik fortgesetzt werden? Wir wissen: Der Streit ist in vollem Gange und verschärft sich. Die politische Klasse fürchtet die Opposition und die französische Regierung hat heute schon Demonstrationen in Strasbourg verboten, was den Neofaschisten in Dresden am 13.02. nicht widerfahren ist.

Joseph Fischer, Steinewerfer von 1968, anfangs *Friedensapostel* der Grünen, dann Außenminister einer Kriegskoalition, nahm vor wenigen Tagen in der Sächsischen und Süddeutschen Zeitung vom 02.02.2009 am Streit um den Nutzen und Segen der NATO teil. Zu seinen Weisheiten gehörte: „Moskau scheint immer noch nicht begriffen zu haben, dass eine aggressive russische Außenpolitik die beste und wirksamste Existenzgarantie für die NATO war, ist und bleiben wird." Zeugt das davon, dass Fischer etwas gelernt hat? Der Satz enthält sie uralte Lüge von der *roten Gefahr*, die ja wohl mindestens seit 1990 in die Rumpelkammer der ideologischen Kriegführung gehört. Sie macht die Sowjetunion für die NATO-Gründung und ihre Politik verantwortlich und Putin für die *Notwenigkeit*, Russland heute einzukreisen.

Können geschichtliche Fakten extremer ins Gegenteil verkehrt werden? Seit 60 Jahren beweist sich rund um den Erdball: Die NATO ist ein aggressives Militär– und Interventionsbündnis, dessen Geschäft der Krieg ist. Sie ist eines der Haupthindernisse für die Zusammenarbeit der Völker und Staaten bei der Bekämpfung von Hunger, Armut, Krankheit und Verwüstung der Umwelt. Die NATO ist seit sechs Jahrzehnten der größte Gewalt- und Tötungsapparat der Welt – und Deutschland ist Komplice.

Angesichts dieser Tatsachen die NATO als nützlich für Deutschland zu loben und zu bejubeln, ist mehr als grotesk. In dem erwähnten Artikel pöbelt Joseph Fischer: „Im ehemaligen Mutterland des Marxismus Leninismus scheint man von Dialektik immer noch kaum etwas zu verstehen. Fischers *Dialektik* besteht u.a. in Folgendem: Er rechtfertigt nachträglich das Wettrüsten, das die Welt wiederholt an den Rand des atomaren Infernos gebracht hat. Für Dres-

den war der Atomschlag der NATO noch 1989 geplant. Er hat nichts dagegen, dass unberechenbare und unersetzliche finanzielle und ökonomische Ressourcen nicht in den Dienst der Menschen, sondern in den Schlund der Rüstungshaie gesteckt werden.

Die NATO gibt jetzt jährlich eine Billion Euro für Waffen und Rüstung aus, darunter Atomwaffen, für die sie sich ausdrücklich den Ersteinsatz vorbehält. Das ist selbstmörderisch, völkerrechtswidrig und leichtfertig. Die *junge Welt* vom 17. Februar 2009 berichtete von einem Unfall. Ein französische und ein britisches U-Boot, atomar bewaffnet, sind im Atlantik zusammengestoßen. Atomare Waffen lagern auch nach 1990 auf deutschem Boden. Aus Sicherheitsgründen?

Glücklicher Weise sind nicht alle Politiker kriegsgeile NATO-Anbeter. Am 9. Januar 2009 veröffentlichten vier bürgerliche Politiker eine Erklärung in der FAZ. Das Dokument *Für eine atomwaffenfreie Welt* ist zu finden in *Blätter für deutsche und internationale Politik* Heft 02/2009, S. 124. Verfasser sind Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Hans – Dietrich-Genscher und Egon Bahr. Ihre Kardinalerkenntnis: „Das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts heißt in der Tat Zusammenarbeit. Kein globales Problem ist durch Konfrontation oder durch den Einsatz militärischer Macht zu lösen: weder die Bewahrung der Umwelt und der Klimaschutz oder auch der Energiebedarf für eine wachsende Weltbevölkerung noch die Bewältigung der globalen Finanzkrise.“ Bei Egon Bahr ist die Erklärung nicht neu und überraschend. Viele in unserer Runde wissen, dass diese Erkenntnis bereits im Dialog-Papier SED – SPD vom August 1987 enthalten ist. Als ich bei der Begründung der Städtepartnerschaft Dresden – Hamburg Bahrs Kontrahent war, gingen wir beide von dieser Erkenntnis aus. Egon Bahr präzisierte kurze Zeit später: „Im Falle eines Konfliktes würde nicht nur die Bundesrepublik zerstört, sondern auch die DDR. Wir werden gemeinsam leben oder gemeinsam sterben.“ (Reden über Deutschland, München 1990 S. 575).

Das *gemeinsame Sterben* ist uns 1989 erspart geblieben, ob aus dem *gemeinsamen Leben* etwas Vernünftiges wird, wissen wir noch nicht. Mit Politikern, die die NATO-Politik fortsetzen, könnte die prophetische Mahnung Egon Bahrs immer noch bestätigt werden. Wir in Dresden haben das am 13./14. Februar 1945 besonders nah erlebt. Deshalb erlegt uns die bittere Erfahrung die Pflicht auf, dass Dresden eine rüstungsfreie, entmilitarisierte Stadt wird, ein Friedensbeispiel für die Welt.

Autor: Prof. Dr. Horst Schneider,

Dresden.

Helmut Semmelmann

Diskussionsbeitrag zum Dresdner Friedenssymposium am 21.02. 2009

Das Dresdner Friedenssymposium hat eine gute Tradition als Podium solider Information über aktuelle friedenspolitische Probleme und für den Gedankenaustausch von Vertretern der Friedensbewegung. Die Vorträge von Erhard Crome und Peter Strutynski haben deutlich gemacht, vor welchen großen Herausforderungen die Friedensbewegung, aber auch die soziale Bewegung, stehen, deren Aktivitäten sich immer mehr verflechten und verflechten müssen. Wenn man die von den Referenten dargelegten Probleme weiterdenkt, werden vor allem zwei Dinge sichtbar: Die Gefährdungen für Frieden und Sicherheit nehmen zu, die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen – auch zwischen kapitalistischen Ländern – wird größer. Damit wächst auch die Notwendigkeit, auf allen Ebenen und mit allen Formen den Kampf um tragfähige Sicherheitsstrukturen gleichermaßen zu verstärken und in den Mittelpunkt unserer Friedensarbeit zu stellen. Als engagierte Friedenskämpfer dürfen wir nicht nur sagen, wogegen wir sind, sondern auch zeigen, wofür wir streiten. Dabei verfügen wir – die verschiedenen Abteilungen der Friedensbewegung – über viele gute Analysen, Vorstellungen und Vorschläge für eine friedliche Welt, die – auf Grund ihres sozialen Ansatzes und der sich daraus ergebenden Interessenlage – vom Mainstream abweichen, konträr zur heutigen offiziellen Politik der BRD und der EU stehen.

Ich möchte an dieser Stelle, stellvertretend für viele Aktivitäten, besonders die entschiedene Ablehnung der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik sowie die strikte Ablehnung des Krieges in Afghanistan durch die Friedensbewegung benennen. Es ist ein großes Problem, mit unseren richtigen Analysen und Vorstellungen möglichst viele Menschen zu erreichen, gegen die Macht der Medien, die ob öffentlich-rechtlich oder privat, brave Diener der offiziellen Politik sind. Gegenwärtig mobilisiert die Friedensbewegung anlässlich des 60. Jahrestages gegen die NATO, das Militärbündnis, das den Anspruch erhebt, den Völkern Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zu bringen, jedoch mit seiner interventionistischen Politik eine ernsthafte Gefahr für den Frieden darstellt. Darüber wurde hier schon ausführlich gesprochen.

Prof. Horst Schneider hat sehr anschaulich am Beispiel von Dresden dazu gesprochen, wie diese Mobilisierung auch örtlich umgesetzt werden kann. Dem möchte ich voll zustimmen. Aufklärung und Aktion – wo immer sie möglich sind – können dazu beitragen, viele Menschen zu bewegen, die offizielle Politik kritisch zu hinterfragen, das Gefühl der Ohnmacht zu überwinden. Die Menschen für die Positionen der Friedensbewegung gewinnen, diese Positio-

nen in den öffentlichen Raum zu tragen sind die Grundlage dafür, Druck auf die Regierenden auszuüben, eine auf Frieden und Sicherheit gerichtete Politik zu betreiben.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, die ich hier vertrete, ist Mitglied des Europäischen Friedensforums, sie versteht sich als dessen deutsche Sektion. Das Forum entstand im Ergebnis des gesellschaftlichen Tribunals gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien als ein Verbund von Friedensgruppen und Persönlichkeiten, vorwiegend aus mittel- und osteuropäischen Ländern, so zum Beispiel die Tschechische Friedensgesellschaft, Friedensgruppen aus der Ukraine und aus Russland, um nur einige zu nennen.

Das Forum hat sich zur Aufgabe gestellt, eine Brücke für den Informations- und Gedankenaustausch zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Friedensgruppen und Organisationen zu sein, eine Aufgabe, die – und das zeigt die Praxis – kompliziert zu realisieren ist, aber angesichts der wachsenden Gefahren und damit verbundenen größeren Herausforderungen für die Friedensbewegung von enormer Bedeutung ist.

Im Februar 2008 fand eine gemeinsame Versammlung des Europäischen Friedensforums und des Antifaschistischen Komitees der Ukraine in Kiew statt. Das Treffen fand nicht von ungefähr in Kiew statt. Es war auch ein Akt der Solidarität mit dem Kampf der Friedensbewegung der Ukraine gegen die geplante Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO sowie gegen Tendenzen der Faschisierung im Land, von denen, wie unsere ukrainischen Freunde nachwiesen, ernste Gefahren für den Frieden ausgehen. Eine Erfahrung, die nicht nur für die Ukraine zutrifft.

Um Geist und Inhalt der Beratung in Kiew deutlich zu machen möchte ich aus der Erklärung, mit der das Treffen in Kiew abgeschlossen wurde, zitieren: „Mit der angekündigten Stationierung ihrer Raketensysteme wollen die USA die Sicherheit Europas ihren eigenen Macht- und Sicherheitsinteressen opfern. Sie soll dem Ausbau ihrer atomaren Erstschlagfähigkeit dienen, mit der sie Russlands Fähigkeit zu einem Zweitschlag entscheidend beeinträchtigen will. Die Situation drängt – wie auch schon die bisherigen russischen Antworten zeigen - zu einer neuen Runde des Wettrüstens, das kein Ausweg, sondern nur eine neue Sackgasse im Kampf um den Weltfrieden ist.

Die USA wollen zeigen, wer Herr im Hause Europa ist. Sie verfahren im Kampf um Hegemonie getreu dem Motto Z. Brzezinskis: „Eurasien ist ... das Schachbrett, auf dem sich der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird.“ Dafür tritt man die Versprechen der NATO, nach ihrer Ausdehnung auf ganz Deutschland ihre Grenzen nicht weiter nach Osten auszudehnen,

mit Füßen, betreibt vielmehr exzessive Osterweiterung, marginalisiert die OSCE, brüskiert UNO und Völkerrecht. Dieser Plan ist eine grobe Missachtung des Friedenswillens der Völker sowie völkerrechtlicher Verträge und Zusagen und gefährdet die strategische Stabilität in Europa."

Die Situation hat sich – und das kam auch bisher auf diesem Symposium zum Ausdruck – nicht zum Besseren entwickelt. Eher im Gegenteil. Der Bezug auf die USA-Administration in der Kiewer Erklärung regt mich an, hier kurz eine Meinung zu den politischen Veränderungen in den USA zu äußern. Die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA ist meines Erachtens auf dem Hintergrund der großen Finanz- und Wirtschaftskrise, die die USA erschüttert und die ihre Auswirkungen in der ganzen Welt hat, zu sehen. Das geht einher mit einem in den letzten Jahrzehnten noch nie dagewesenen Imageverlust der USA in der Welt. Die acht Jahre der Bush-Politik zeigen ihre Wirkung. Mir scheint bedeutungsvoll, dass mit dem Wahlkampf – verbunden mit großen Hoffnungen – große Teile der USA-Bevölkerung politisiert wurden, ein Potenzial, das durchaus Druck auf die Politik aufbauen kann und wird. Andererseits sollten wir nicht übersehen, dass Präsident Obama eindeutig erklärt hat, dass die USA auf ihre Führerschaft in der Welt nicht verzichten werden und dass er in Afghanistan siegen will, mit mehr Soldaten und größerer Unterstützung durch die europäischen Partner.

Das ist für die Friedensbewegung ein ernstes Signal, nicht nachzulassen im Kampf gegen die Militarisierung der Sicherheitspolitik, für die Beendigung des Krieges in Afghanistan und auch für die Auflösung der NATO. In Kiew wurde verabredet, im Jahr 2009 eine europäische Friedenskonferenz anzustreben. Im nachfolgenden Diskussionsprozess hat sich die Idee verdichtet, diese Konferenz aus Anlass des 10. Jahrestages des verbrecherischen Überfalls der NATO auf Jugoslawien – seitdem auch die BRD wieder aktiv an Kriegen beteiligt ist – durchzuführen. Diese Konferenz wird nun am 14. und 15. März dieses Jahres unter der Losung: *Für eine europäische Friedensordnung – Nein zur NATO – Nein zum Krieg* in Berlin stattfinden. Sie soll ein Bestandteil der Aktionen der Friedensbewegung gegen die NATO sein und dazu auch aus Berlin – der Hauptstadt des nach den USA mächtigsten Mitglieds dieses Kriegsbündnisses – ein starkes Signal setzen.

Alle Friedensfreunde sind zu dieser Konferenz eingeladen.

Helmut Semmelmann,

Mitglied im Vorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. und im Europäischen Friedensforum.

Detlef Bald

Das Beispiel vom Primat der Politik – Die Kontrolle der Atomwaffen in der Bonner Republik

Das Thema, das hier vorgestellt wird, ist zunächst eine Herausforderung, da es in der Zeitgeschichte unbekannt war. Es war geheim. Einen Handelnden kennen wir: Helmut Schmidt. Es ist nicht einfach, über etwas zu sprechen, von dem kaum etwas bekannt ist; nur Gerüchte gab es hin und wieder zu den Atombomben, aber die eigentliche Politik dazu war völlig abgeschottet. Es geschah in unserer Zeit, aber wir haben keine Anhaltspunkte, angemessen mit dem Thema umzugehen. Geheimpolitik hat eine eigene Faszination. Das Phänomen selbst ist nicht neu. In der modernen Geschichte gab es bekannte Beispiele: der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 zur Aufteilung Polens und Mittel-Osteuropas; oder die Bündnispolitik Bismarcks, die als Glanzleistung gerühmt wird; nur kannten die Zeitgenossen diese nicht.[1]

Ein paar Daten aus den 60er und frühen 70er Jahren. 1963 feierte Berlin John F. Kennedy; 1964 wurde mit Musik der Millionste Gastarbeiter begrüßt; 1966 bildeten Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt die erste Große Koalition; 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg erschossen; eine junge „skeptische Generation" (Helmut Schelsky) klagte die Vergangenheit der Vätergeneration an.[2] 1968 Verabschiedung der Notstandsgesetze. 1969 die Wahl von Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten; Bundeskanzler Brandt beginnt die Ost- und Entspannungspolitik. 1973 gab es den ersten globalen Ölschock.

Eine Vorbemerkung und ein paar Daten zur nuklearen Sicherheitspolitik. Auf einer allgemeinen Ebene war bekannt: Politische Kontrolle der Atomwaffen, das hatten alle der Öffentlichkeit versichert, war gegeben und gesichert. Dies wurde im Kalten Krieg wie ein Mantra von Militärs und Politikern vorgetragen. Das entspricht auch den Werten unserer Verfassung vom Primat der vom Parlament legitimierten Politik. Die Strategie der *massiven Vergeltung* war schon früh problematisch; nicht erst seit 1957 – dem Sputnik-Schock. Präsident Kennedy und Minister Robert McNamara zogen die Konsequenz und entwickelten die *flexible Reaktion*; im Mai 1962 sicherten sie in den *Athener*

---

[1] Die gesamte Analyse in: D. Bald, Politik der Verantwortung. Das Beispiel Helmut Schmidt. Der Primat des Politischen über das Militärische 1965-1975, Berlin 2008. Dort auch die ausführlichen Quellenbelege.

[2] Siehe N. Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008, S. 220.

Richtlinien der NATO Kooperation in allen nuklearen Angelegenheiten zu.[3] Sie boten Informationen über Atomwaffen, deren Sprengkraft und die Zielplanung in Europa an.[4] Diese Kooperation sollte in der NPG, der Nuklearen Planungsgruppe, *permanent und systematisch* erfolgen. Erörterungen in der NPG spielen für unser Thema eine wichtige Rolle.

Militärische Atomverteidigung

Atomare Verteidigung fand in Westdeutschland kaum Unterstützung, sie rief heftigste Diskussionen hervor, erstmals bei dem großen Manöver *Carte Blanche* mit dreihundert Atombomben im Juni 1955.[5] Und dann im Dezember 1964, als die FAZ mit dem Artikel aus Paris von Adelbert Weinstein *Atom-Minen entlang der Zonengrenze* massive Proteste hervorrief.[6] Seinem Bericht zufolge sollten *Atom-Minen* einen dichten Gürtel nach Osten bilden. Der radioaktive Fallout würde „rund zehn Millionen Deutsche unmittelbar, die ganze Bundesrepublik aber mittelbar in Mitleidenschaft ziehen". Allein – die *Atom-Minen*-Pläne blieben Gerücht, bekannt als Trettner-Plan. Im MGFA fasste man das gängige Urteil so zusammen: *Atom-Minen* seien ohne Relevanz gewesen; sie hätten bei einem Angriff frühzeitig für die Kommandeure zur Verfügung stehen müssen; aber „dazu waren die Amerikaner nicht bereit". Dann heißt es: „Damit verloren die Atomminen rasch an operativem Interesse für die Bundeswehr." Wegen des Protests der Friedensbewegung hätte es *Atom-Minen* nie gegeben, da „innenpolitisch völlig inakzeptabel war, den Ostrand des Bundesgebietes auf diese Weise zum vorgeschobenen atomaren Schlachtfeld zu machen".

Der Journalist Weinstein war von den Amerikanern im NATO-Hauptquartier über die deutschen Pläne informiert worden. Sogar Generalstabschef Wheeler in Washington machte aus seiner Skepsis gegenüber der deutschen Doktrin einer nuklearen Eskalation kein Hehl.[7] Generalinspekteur Heinz Trettner je-

---

[3] Siehe NSA R. McNamara, Statement, Defense Policy, 05.05.1962, S. 1.

[4] Siehe NSA Annual Political Appraisal. Special Report by the Secrtary General on NATO Defense Policy, 17.04.1962, S. 4 („The fullest amount of information").

[5] Siehe D. Bald, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005, München 2005. Siehe auch „Frieden schaffen – ohne Atomwaffen!" Atombewaffnung und Friedensbewegung, in: L. Schröter (Hrsg.), Getrennt marschiert. Die beiden deutschen Armeen im Kalten Krieg, Schkeuditz 2007, S. 13 ff.

[6] Siehe A. Weinstein, Atom-Minen entlang der Zonengrenze?, in: FAZ vom 16.12.1964.

[7] Siehe einzelne Punkte bei G. Schmückle, Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, Stuttgart 1982, S. 297 ff.

doch gab, als er diese Atomwaffen-Doktrin auf der NATO-Sitzung skizziert hatte und von dem Artikel in der FAZ hörte, sofort die Parole aus, alles abzustreiten: „Es stimmt nichts davon, es ist alles Unsinn.“[8] Schon am nächsten Tag, dem 18. Dezember 1964, beteuerten er und Minister Kai Uwe von Hassel vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages, das Thema sei in der NATO überhaupt nicht erwähnt worden.[9] „Es gibt weder einzelne Atomminen noch gar Atomminengürtel an der Zonengrenze. Sie sind auch nicht geplant.“[10] Eine Kampagne der Verschleierung, tarnen und täuschen, wurde entfacht. Trettner ordnete eine absolute Geheimhaltung an: „Äußerste Diskretion“ sei gegenüber der Presse geboten.[11] Rigide Dementis bildeten die Verteidigungslinie: *Atom-Minen* gab es nicht.

Die Bundeswehr hielt ihre Doktrin der nuklearen Vorwärtsverteidigung aufrecht. Die politischen und militärischen Spitzen in Bonn hatten sich darauf geeinigt. Die Zahl der für die Deutschen eingeplanten Atomwaffen war 1965 nicht unerheblich: das Heer hatte 965 und die Luftwaffe 1.240; bald sollten es viel mehr sein. Dies waren so genannte taktische Atomwaffen, für das Gefechtsfeld. Unter diesen nuklearen Sprengkörpern für Kanonen, Raketen und den Starfighter gewann die *Atom-Mine*, die ADM, ihren besondern Stellenwert, da diese Bomben als erste überhaupt eingesetzt werden sollten. Das ist der entscheidende Punkt. ADM eröffnete den Atomwaffenkrieg. Ihre Sprengkraft variierte von 0,2 KT bis 45 KT (Hiroshima-Bombe 15 KT); mobil und multifunktional einsetzbar galt sie als besonders effizient.

Einen Einblick in die tatsächlichen Pläne eines nuklearen Gürtels gegenüber dem Osten gewährt die im Mai 1965 erstellte *Studie Nr. 1: Atomic Demolition Munitions (ADM).*[12] Die Grundannahme und das erste *Ziel des ADM-Einsatzes* lautete, von Beginn eines Konflikts an den „höchsten militärischen Nutzen“ zu erzielen.[13] ADM sollte „spätestens 5 Stunden nach Überschreiten der De-

---

[8] NHP Dok. 101, Zeitzeugenbefragung, Bonn 13.07.1987, S. 128 ff. sowie Dok. 104, Interview mit Vizeadmiral a.D. H. Trebesch, Bonn, 26.10.1988, S. 27 ff.

[9] Siehe Protokoll, 3. Legislaturperiode, 98. Sitzung des Verteidigungsausschusses, 18.12.1964.

[10] Bulletin Nr. 191, 29.12.1964, Briefabdruck K.-U. v. Hassel an W.-W. Schütz.

[11] NHP Dok. 172/4 S III 1, an Generalinspekteur. Betr.: ADM – geeignete Unterrichtung der Öffentlichkeit über Art und Wirkung, Bonn 22.12.1966. Trettner-Erlass datiert vom 10.12.1965.

[12] Siehe NHP Dok. 160/32 S III 1, Stand der Bearbeitung der deutsch-amerikanischen Studie, Bonn, 24.08.1965.

[13] NHP Dok. 154/9 Fü B III 1, Studie Nr. 1, Grundsätze und Richtlinien für den Einsatz von ADM im Rahmen der Abwehr eines begrenzten Feindangriffes, Bonn, 18.05.1965.

markationslinie bzw. Grenze“ eingesetzt und zuvor „im Frieden“ und „geschlossen“ in einzelnen Lagern deponiert werden. Vor einer Linie von Hamburg über Hannover, Kassel, Fulda, Nürnberg, Landshut und Regensburg sollten 70 Prozent der ADM platziert werden, während die übrigen der „beweglichen Gefechtsführung“ zur Verfügung stehen sollten.[14] In „geeignetem Gelände – nördlich Kassel bis zur Rhön und vom Frankenwald bis Passau“ waren sie zu stationieren. Die Bundeswehr errechnete, ohne die norddeutschen Regionen, einen Bedarf im „untersuchten Bereich der BRD 700 – 800 ADM“.[15]

Die Bundeswehr vervollständigte ihre Nukleardoktrin durch die *Führungsweisung Nr. 1*. Darin heißt es, die „nationale Sicherheit“ zwinge dazu, „die Abschreckung in den unteren Stufen zu verdichten“, d.h. militärisch schnell mit nuklearen Waffen zu reagieren. Auch bei einem konventionellen Konflikt werde ADM „eine abschreckende Wirkung“ erzeugen. Die Bundeswehr müsse „bewusst den Weg zur Eskalation“ beschreiten.[16] Daher forderten die Generale von der Politik die Prädelegation, „klar festgelegte Einsatzermächtigungen“, um innerhalb von „maximal 5 Stunden“ ADM einzusetzen. Daher: „Auf Klärung des Freigabeverfahrens für ADM muss bestanden werden.“[17]

Trotz strenger Geheimhaltung kursierten weiter Gerüchte. Helmut Schmidt, Abgeordneter des Bundestages, hatte auf der New Yorker Konferenz der NATO-Parlamentarier und im Pentagon in groben Zügen davon erfahren, dass auf der NATO-Tagung in Paris Ende 1965 die *Atom-Minen*-Doktrin offiziell vorgestellt werden sollte. Kategorisch lehnte Schmidt solche Ansätze ab, sie stellten eine politische Falle dar, man hätte nur die „Wahl zwischen einer Eskalation zum Holocaust oder Kapitulation“.[18] Sarkastisch geißelte er die Doktrin als „pilzartig krause Projekte“.[19] Für ihn stand fest, solche Pläne seien „politisch wie militärisch selbstmörderisch“.[20] Mit Fritz Erler hatte er abge-

---

[14] NHP Dok. 155/6 Fü B III 1, Wesentliche Ergebnisse ... für den Einsatz der ADM, Bonn, Mai 1965.

[15] NHP Dok. 154/11 Fü B III 1, Studie Nr. 1, Bonn, 18.05.1965.

[16] NHP Dok. 159/32 Fü B III (Entwurf), Führungsweisung Nr. 1, Deutsche Auffassungen zum strategischen Konzept der NATO, Bonn, 21.07.1965.

[17] NHP Dok. 155/9 Fü B III 1, Wesentliche Ergebnisse ... für den Einsatz von ADM, Bonn, Mai 1965.

[18] AHS Redemanuskript H. Schmidt, Imperial Defense College, London, 23.07.1965.

[19] AHS Redemanuskript H. Schmidt, 6.05.1965.

[20] AHS Pressemitteilung, Erklärung des Hamburger Senators H. Schmidt, 18.12.1964.

stimmt, dass nur die Politik die Verantwortung trage.[21] Es sei legitim und absolut notwendig, das Veto-Recht für die deutsche Regierung zu fordern.

Diese Forderung stellte Helmut Schmidt im Dezember 1965 intern gegenüber der Hardthöhe. Er forderte das politische Veto-Recht oder das Zwei-Schlüssel-System. Dieser zweite Begriff bringt ganz bildlich die doppelte Sicherung für den Einsatz der Atomwaffen zum Ausdruck: einen Schlüssel für die USA mit der Freigabe durch den Präsidenten sowie einen Schlüssel für die politische Zustimmung des Landes, von dem aus die Atomwaffen eingesetzt wurden. Eine derartige Regelung hatten die USA mit Großbritannien getroffen.[22] Zwei Schlüssel symbolisieren das Entscheidungsrecht zweier Regierungen. Militär und Ministerium in Bonn erkannten die hohe völkerrechtliche Bedeutung von Schmidts Forderung.[23] Der Fall, „dass von deutschem Boden nukleare Waffen nur mit Zustimmung der deutschen Regierung“ eingesetzt würden, bringe einen Zuwachs an Souveränität. Dennoch hielt der Führungsstab an der Auffassung fest, deutsche *politische* Bedenken hinsichtlich des Atomwaffeneinsatzes würden das *militärische* Konzept nach „lückenlosem“ und „frühzeitigem“ Einsatz der Atomwaffen unterminieren. Das militärische Fazit zum Zwei-Schlüssel-System: „Mit einer erheblichen Verminderung der Abschreckung müsste also gerechnet werden.“ Die „deutsche“ Position müsse „glaubwürdig“ untermauert werden.[24] Fazit: Das Veto-Recht bzw. Zwei-Schlüssel-System sei „bei der letzten Entscheidung über die Freigabe der Waffen aus militärischer Sicht nicht zu empfehlen“.[25]

Die Minister der 60er Jahre, Strauß, von Hassel und Schröder, standen voll hinter diesem Konzept. Sie vertraten nicht nur den Part der Militärs, sondern identifizierten sich mit dem (militärischen) Zuwachs an Einfluss im Sinne einer deutschen Zunahme an Macht im Bündnis. In einer geheimen Vereinbarung zwischen Kiesinger und Johnson war das alles 1968 bestätigt worden. Kritik gab es unter den Generalen wenig: Gerd Schmückle sorgte sich, alles

---

[21] Siehe FES NL Erler, Bd. 26, Redemanuskript F. Erler, 16.11.1965, S. 5.

[22] Siehe Die Schlüssel der Vergeltung, in: Visier, 06/1965, Anlage zu NHP Dok. 162/9 f.

[23] Siehe NHP Dok. 162/4 S III an Minister. Betr.: Kurzstudie über „Zweischlüsselsystem“, Bonn, 15.12.1965.

[24] Siehe Ch. Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959 – 1966. Baden-Baden 1993, S. 54.

[25] NHP Dok. 162/8.

hinge „am seidenen Faden“[26]; Graf Baudissin betonte, diese Doktrin der Bundeswehr habe zu einer „Entpolitisierung“ der Atomwaffen geführt.[27]

Der Kampf um den Primat der Politik

Als Helmut Schmidt im Oktober 1969 Verteidigungsminister wurde, traf er auf amerikanischer Seite auf Melvin Laird. Dessen erstes Ziel hieß: „Wiederbelebung der NATO“.[28] Europa sollte, nachdem Frankreich unter Führung von Charles de Gaulle die militärische Integration der NATO verlassen hatte, stabilisiert werden, auch wenn es Lairds vorrangiges Interesse war, den Vietnamkrieg möglichst bald zu beenden. Voller Neugier schaute er nach Bonn, und auch für den Atlantiker Schmidt war der Blick nach Washington selbstverständlich. Die leidvollen und grausamen Erfahrungen im Weltkrieg verbanden die beiden, wie Laird sich erinnerte.[29] Schmidt empfand ähnlich. Aus dem Krieg kamen aber auch Sorgen vor der berufsbedingten militärischen Engstirnigkeit, gerade auch in höchsten Positionen. Wenn Schmidt sagte, er habe „kein Vertrauen in die Glaubwürdigkeit, was Spitzenmilitärs sagten“, so könnte dieser Satz auch von Laird stammen.

Eine wichtige Personalentscheidung traf Schmidt gleich. Ulrich de Maizière, seit 1966 der Nachfolger von Trettner, blieb im Amt. Er schilderte den neuen Wind auf der Hardthöhe auf seine Weise: „Mit Minister Schmidt beginnt ein neuer Arbeitsstil. Der Minister ist rasch, dynamisch, informell und fast unmethodisch, entscheidungsfreudig. Er liebt das Gespräch und die Diskussion. Er sucht eine Lösung ‚am runden Tisch‘“.[30] So blieb der konservative Generalinspekteur auf seinem Posten. Seine Worte vor Generalen des Heeres lassen aufhorchen, als er sie nachdrücklich an „die Pflicht zur Loyalität“ erinnerte.[31] Schmidt konnte sich auf de Maizières Loyalität und Ehrlichkeit verlassen.

Schmidt wurde in den ersten Tagen informiert, instruiert, also gebrieft. Dabei erfuhr er die genauen Regeln und die Grundsätze der nuklearen Vornevertei-

---

[26] G. Schmückle, Das Schwert am seidenen Faden. Krisenmanagement in Europa, Stuttgart 1984, S. 149.

[27] IfZ Nachlass von Schubert ED 437/105, Interview Graf Baudissin (1981).

[28] BA MA Bw 1/101520, Charakterisierung von M. Laird für G. Schröder, Treffen in New York, 1.02.1969.

[29] Siehe Interview M. Laird, 26.07.2007.

[30] BA MA NL 673, 64, Bilanz anlässlich der Beendigung des 4. Amtsjahres als Generalinspekteur der Bundeswehr.

[31] BA MA NL 673/v. 68 (Ansprache), 15.10.1969, S. 12.

digung. Er wurde konfrontiert mit den Geheimplanungen der *Atom-Minen*; er erkannte die zentrale Rolle der ADM für den nuklearen Ersteinsatz und die Eskalation. ADM-Lager waren an der gesamten Ostgrenze unter der Doktrin angelegt, „Sperr-Riegel ... in Grenznähe zur Erhöhung der Abwehrwirkung bzw. zur Ermöglichung von Gegenangriffen" zu errichten.[32] Die Prädelegation war wegen Effizienz und Nutzen dieser Atomwaffen eingeführt worden.[33] Diese hatte Graf Kielmansegg mit dem *Zeitfaktor* begründet, damit die militärinterne Kommunikation, ADMs anzufordern, in Brüssel freizugeben und vor Ort einzusetzen, nur 3 bis 5 Stunden betrug.

Mit diesem Wissen fuhr Schmidt im November 1969 zur NPG-Sitzung nach Washington. Auf der Tagesordnung standen grundlegende Entscheidungen zur politischen Konsultation. Sowohl die *Vorläufigen Politischen Richtlinien für den möglichen taktischen Ersteinsatz* als auch die von Generalsekretär Manlio Brosio vorbereiteten *Allgemeinen Richtlinien für das nukleare Konsultationsverfahren* unterstrichen ein Etappenziel der Mitsprache in der NATO, zwanzig Jahre nach Gründung des Bündnisses. Die *Vorläufigen Politischen Richtlinien* hatten höchste Priorität, sogar Präsident Nixon und auch der Nationale Sicherheitsrat hatten sie gebilligt. Die Ansichten jener NATO-Staaten, die am meisten von einem Nukleareinsatz betroffen waren, sollten bei Konsultationen berücksichtigt werden.[34]

Am Tag nach der NPG, am 13. November, hatten Laird und Schmidt in einem Vier-Augen-Gespräch festgestellt, dass die Militärs sie – die Politiker – im Grunde nicht ernst nehmen würden. Daher war klar: „Aber wir entscheiden heute und hier."[35] Da verbanden sich zwei politische Machtansprüche – ein „tatsächliches Einvernehmen zwischen diesem Amerikaner und diesem Germanen", so Schmidt.[36] Aber ihr Thema war der Ersteinsatz der ADM. Laird war bereit „zu garantieren", die amerikanischen ADM-Lager in Grenznähe unverzüglich zu räumen und weit ins Hinterland zu verlegen, um die mi-

---

[32]NHP Dok. 171/25 S III, Besprechungsunterlagen für Besprechung Generalinspekteur/General Wheeler, Bonn, 08.12. 1966.

[33]Siehe NHP Dok. 101/27 f, Zeitzeugenbefragung, Bonn, 13.07.1987 (hier: Aussage Graf Kielmansegg).

[34]Siehe Interview W. Altenburg, 15.11.2007. Er zitierte: „nations mostly concerned and most directly affected on whose territory providing nuclear warheads or providing the contemplated means of delivery".

[35] Interview M. Laird, 26.07.2007 („Even all military on our side". „The military guys").

[36]Interview H. Schmidt, 31.05.2007.

litärischen Planungen zu durchkreuzen. Laird lakonisch: „Ich erledige das."[37] Die Depots nahe der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei – wie eines bei Fulda – kamen zu den US-Militär-Zentren bei Stuttgart und Frankfurt, also nach Aschaffenburg, Darmstadt, Dexheim, Hanau, Ettlingen, Eschborn, Kornwestheim und Wildflecken. Es waren weit mehr als 200 ADMs.[38]

Doch Schmidt hatte ein Problem mit der Loyalität seiner Generalität. Nach der Schnez-Studie setzte das *Unna-Papier* noch eines drauf. Die Generalität beanspruchte mehr Macht im Staate; sie behauptete eine besondere „Verantwortung vor Staat und Auftrag" des Militärs und „das Eigengewicht militärischer Entscheidung" vor der Politik. Der Status des Militärs in Staat und Politik sollte revidiert werden. Als Minimum galt die Parität: ein „gleichberechtigter Dialog" zwischen Militär und Politik. In Anlehnung an den ideologischen Fundus des Weimarer *Staat-im-Staate* sollten gleich einige Artikel der Verfassung geändert werden. Daneben drohte man: „Das Eigengewicht militärischer Entscheidung darf nicht durch opportunistische Haltung und eine zunehmend politische Hörigkeit militärischer Führer gefährdet werden ...". Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Der Generalinspekteur sei opportunistisch und hörig, schallte es ihm entgegen. Ulrich de Maizière bestätigte diese Führungskrise, der Bundeswehr hätte in diesen Monaten ein *Knickpunkt* ihrer Geschichte gedroht.

Das war die eine Front. Die andere war die Atomdoktrin. Hier entwarf Schmidt eine *Kampagne gegen die nukleare ADM-Planung*. Am 14. Januar 1970 stand diese Agenda mit dem Ziel eines Veto-Rechts fest. In einem Jahr, nach der Winterübung *WINTEX 71*, werde er den Erfolg überprüfen.[39] Er stimmte sich mit dem Kanzler ab, um dieses *Teufelszeug* unter Kontrolle zu bringen. Erste Etappe war der Kanzlerbesuch im April 1970 in Washington. Brandt und Nixon waren sich einig, Verteidigung sei eine primäre politische Aufgabe. Wie in den Richtlinien der NPG unterstrichen sie, „jedem Land, auf dessen oder von dessen Territorium Atomwaffen eingesetzt würden, ein besonderes Gewicht einzuräumen"; dieses besondere Gewicht sei als Primat der Politik

[37] Interview M. Laird, 26.07.2007.

[38] Siehe Dale Van Atta, With Honor. Melvin Laird in War, Peace and Politics, Madison, Wisconsin 2008, S. 286.

[39] Siehe AHS H. Laabs, Niederschriften über Besprechungen im Kollegium, 14.01.1970.

zu begreifen.[40] Umgekehrt besagte dies, das besondere Gewicht des deutschen Militärs politisch einzubinden.

Nächster Punkt war die Sitzung der NPG in Venedig am 8. und 9. Juni 1970. Nach der Tagesordnung ging es hier zentral zur Sache. Den Entwurf der *Besonderen Politischen Richtlinien für den möglichen Taktischen Ersteinsatz von Atomwaffen (ADM)* konterte Schmidt, um den Primat der Politik mit vier nationalen Auflagen zu sichern: (1.) eine grenznahe Stationierung für nukleare Sperren war zu unterbinden.[41] Ebenso (2.) wurde die Prädelegation verworfen; die NATO hatte ihre Einsatzpläne entsprechend abzuändern. Das (3.) Prinzip, die Zivilbevölkerung nicht zu gefährden, hatte für Schmidt Vorrang; Verteidigung habe das zu schützen, was es zu verteidigen gelte. Und (4.) durften ADM-Schächte und -Bohrlöcher nicht mehr in Friedenszeiten an Zielorten angelegt werden. Dieser Katalog führte dazu, das Kürzel – *4 No's* – in der NATO zu verbreiten. Der Minister gab der Bundeswehr diese *4 No's* als verbindliche Weisung.

Die Politik der *4 No's*, den nuklearen Ersteinsatz der politischen Kontrolle zu unterwerfen, schien erfolgreich. Kaum ein Jahr im Amt, konnte Schmidt auf seiner dritten Sitzung der NPG in Ottawa (29./30. Oktober 1970) die Ernte seiner Sicherheitspolitik einholen. SACEUR erhielt offiziell den Auftrag, die Richtlinien und die nationalen Auflagen zu berücksichtigen.[42] Melvin Laird übermittelte – wie in Venedig zuvor angesprochen war – am Vorabend der Sitzung in Kanada in einem Vier-Augen-Gespräch noch die Botschaft, Präsident Nixon habe zugesagt, eine neue bilaterale Vereinbarung über privilegierte Konsultationen mit der Bundesregierung zu schließen.[43] Am 3. November stellte Schmidt vor der Generalität auf der Hardthöhe klar: „Die Konsultationen mit der Bundesregierung sind gesichert."[44]

Doch das erwies sich als Hoffnung. Im Dezember 1970 tauchten die sensationellen Schlagzeilen auf, alle Rheinbrücken enthielten Sprengkammern für ADMs. Der Bau einer Düsseldorfer Rheinbrücke brachte an den Tag, dass es ein ausgebautes System an nuklearen Sperren gab, wie der *Sperrplan des Kabinett*

---

[40] Siehe J. M. Legge, Tactical Nuclear Weapons and the NATO Strategy of Flexible Response, Santa Monica, Calif. 1983, S. 22.

[41] Siehe FES 1HS AA00 9055, H. Schmidt an Bundeskanzler W. Brandt, 03.11.1970.

[42] Siehe Interview W. Altenburg, 15.11.2007.

[43] Siehe Van Atta, Honor, S. 286.

[44] AHS H. Laabs, Kurzprotokoll über die Abteilungsleitersitzung, 04.11.1970.

Kiesinger verriet.[45] Schmidt war verblüfft, dass flächendeckend in der norddeutschen Tiefebene sowie in den Tälern und Knotenpunkten der Mittelgebirgszonen bis an die österreichische Grenze Sprengkammern und Bohrlöcher angelegt worden waren. Seit mehr als fünf Jahren, seit im Dezember 1964 General Trettner und Minister von Hassel erklärt hatten, es gäbe in Deutschland keine *Minengürtel*, war die Bundeswehr tätig gewesen. Schon im Herbst 1965 waren Sprengkammern an den Elbbrücken fertig. Lauenburg war von vier Himmelsrichtungen von ADMs eingekesselt, alle Straßen waren unterminiert.

Anfang Februar 1971 – nach *WINTEX 71* – zog Schmidt das Fazit seiner *Kampagne gegen die Atomwaffen*. Das Urteil war niederschmetternd. (1.) Anzahl und Umfang der einzusetzenden taktischen Atomwaffen standen in einem eklatanten Widerspruch zu den NATO-Richtlinien, soweit die oberste Bundeswehr-Führung „dafür die Verantwortung" trug, so das Protokoll.[46] Die politischen Beratungen waren (2.) völlig übergangen worden. Ohne die Politik, ohne Konsultation und ohne Berücksichtigung der *4 No's* oder der NATO-Richtlinien fand die nukleare Eskalation statt. Schmidt „äußerte seine erheblichen Vorbehalte". Die Atomwaffen waren (3.) breitflächig eingesetzt und maßlose Verluste unter der Bevölkerung und Zerstörungen des Landes hingenommen worden.[47] *WINTEX 71* war die Demonstration der *massiven* nuklearen Verteidigungsdoktrin und des Widerstandes gegen die Politik.

Die Gelegenheit zu handeln, suchte Schmidt auf der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 25. und 26. Mai 1971 in Mittenwald. Auch der Kanzler musste dort Flagge zeigen. Indem er dem Westen seine Loyalität versicherte, konnte er in der Ostpolitik handlungsfähig bleiben und Schmidt auf der NPG stärken. Laird und Schmidt verlangten zuverlässige und abhörsichere Fernmelde-Verbindungen nach Brüssel, aber vor allem zwischen Bonn und Washington als „unerlässliche Voraussetzungen" für Konsultationen.[48] Es brauchte noch einige Mahnungen, bis gegen Ende 1972 die Telefonleitungen standen.[49] Die 9. Sitzung der NPG im Mai 1971 eröffnete eine neue Ära der *politischen* Verantwortung im nuklearen Zeitalter. Mittenwald gewann seinen historischen Stellenwert durch Besprechungen am Rande der Tagung. Laird

---

[45]Siehe ebenda.

[46]AHS H. Laabs, Kurzprotokoll über die Abteilungsleitersitzung am 09.03.1971.

[47]Siehe AHS H. Schmidt, Redemanuskript, 28.05.1971.

[48]Siehe Interview M. Laird, 26.07.2007.

[49]Siehe Interview W. Altenburg, 15.11.2007.

und Schmidt zogen das Fazit ihrer Bemühungen, seit zwei Jahren, seit dem Sommer 1969, die politische Kontrolle des Einsatzes von Atomwaffen neu zu ordnen. Gegen die Koalition der Militärs unabhängig ihrer Nationalität hatten sie ihren politischen Willen nur auf dem Papier durchsetzen können. Die Machtfrage war gestellt.[50] Daher hatte Schmidt ein Schriftstück für Mittenwald vorbereitet.[51] In Ergänzung zu den bereits verabschiedeten nationalen Auflagen, den *4 No's* – kein Minengürtel, keine Prädelegation, keine Sprengschächte und keine Verluste unter der Zivilbevölkerung – wurden nun die Verfahren für politische Konsultationen betont. Dieses Dokument, die *4 German No's* genannt, legte die Regularien für Konsultationen fest. Danach war SACEUR gehalten, *bevor* Vorbereitungen für Bohrlöcher zum nuklearen Ersteinsatz angeordnet werden konnten, einen Antrag an den Bonner Verteidigungsminister zu richten. Den Antrag konnte nur das Bundeskabinett billigen. Für die ADMs mussten weitere Anträge eingereicht werden. Schmidt wählte dieses umständliche Verfahren, um bei existentiellen Krisen der Hektik der Ereignisse Rechnung zu tragen. Das Dokument – die „*4 German No's*" – hatte Schmidt persönlich formuliert: „Ich nehme an, ich hab' es alleine gemacht."

Die Sitzungen der NPG in Mittenwald und die folgende in Brüssel sind von einer massiven Konfrontation mit SACEUR, General Goodpaster, gekennzeichnet. Er argumentierte, politische Beratungen behinderten und belasteten seine unmittelbare Kompetenz. Die integrierte Befehlsstruktur und der schnelle Einsatz von Atomwaffen hätten Priorität. Auf der 11. Ministersitzung der NPG in Kopenhagen spitzte sich am 18. Mai 1972 alles zu. Wolfgang Altenburg sollte mit einer Konflikt-Lage überzeugen: Der Durchbruch des Gegners ins Ruhrgebiet sei nach wenigen Tagen zu erwarten; er könne nur durch Atomwaffen aufgehalten werden. Da wurde Halt gemacht. Nach den Regularien würde der deutsche Kommandeur als unterster in der Hierarchie eigenständig ADMs anfordern. Schmidt darauf: „Der Kommandeur, der in dieser Situation Atomwaffen anfordert, wird rausgeschmissen. So können wir nicht arbeiten."[52] Einen vermeintlich unausweichlichen militärischen Sachzwang wollte Schmidt nicht hinnehmen. Unter allen Umständen habe die politische Kontrollierbarkeit einer Krise Vorrang. Nur die Regierung eines

---

[50] Siehe Interview M. Laird, 26.07.2007.

[51] Abgedruckt in D. Bald, Politik der Verantwortung, S. 251 f.

[52] Interview W. Altenburg. Er gab Schmidt in englisch wieder: „The German Corps Commander who will make a requirement of that kind will be sacked".

Landes trage die Verantwortung.[53] Wer von den anwesenden Ministern sei bereit, den Einsatz von Atomwaffen auf dem Territorium seines Landes zu befürworten? Schmidt schloss dies für sich aus: „Wahrscheinlich wird keine deutsche Regierung einem solchen Einsatz, der ja auf deutschem Boden stattfinden muss, zustimmen."[54]

Am 23. Oktober 1973 wurden die *4 German No's* als verbindliche Weisung an SACEUR übergeben. Sie beseitigten den alten, direkten Einsatzdraht für Atomwaffen zwischen Bundeswehr und NATO und sicherten die Konsultationen. Präsident Nixon und Kanzler Brandt unterzeichneten im April 1974 eine geheime Vereinbarung über obligatorische, politisch privilegierte Beratungen in Krise und Konflikt.[55]

Historische Einordnung

(1.) Helmut Schmidt nahm einen langen Kampf auf, den Primat der demokratischen Politik durchzusetzen. Um die Generalität der Bundeswehr – das Militär – zu zähmen, waren viele Initiativen erforderlich. Ausdauer und Augenmaß leiteten den schwierigen Prozess, den alten Eliten im Militär die Grenzen zu zeigen. Die Geheimdiplomatie der *4 German No's* war auch ein Ausdruck des im Bündnis verankerten ungeheuren Machtanspruchs des Militärs, das – ähnlich der Weimarer Republik – den Primat des Militärischen verlangte.

(2.) Melvin Laird und Schmidt revidierten NATO-Einsatzverfahren und gestalteten so verlässlich die internationalen Beziehungen für Krisenzeiten. Als Minister richteten sie 1969 zunächst ganz pragmatisch Barrieren auf. Kontrolle war der erste Schritt, damit politische Vernunft Einfluss gewinnen konnte. Mit der Übernahme der *4 German No's* in der NATO und der Geheimvereinbarung 1974 wurde der Bonner Republik von den USA das Recht auf mitbestimmende, privilegierte Entscheidung in Krise und Konflikt gewährt.

(3.) Schmidt gibt ein Beispiel, dass eine Politik der Verantwortung in der nuklearen Sicherheitspolitik *machbar* ist. Nach seinem politischen Selbstverständnis als Politiker trat er mit aller Macht für das Gebot des Friedens ein, für ihn eine „moralische Pflicht schlechthin".[56] Das ist erinnernswert, da liegen Ver-

---

[53]Siehe AHS, Besprechungsnotizen, 14.06.1972.

[54]Interview W. Altenburg, 15.11.2007.

[55]Siehe H. Soell, Helmut Schmidt 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008.

[56]H. Schmidt, Maximen politischen Handelns. Bemerkungen zu Moral, Pflicht und Verantwortung des Politikers, Bonn 1981, S. 50.

dienste; Helmut Schmidt hat einen Beitrag zur politischen Kultur der Republik geleistet.

Dr. Detlef Bald,

Publizist in München.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK *(DSS)* e.V.

Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere"

Heft 81: **Zur Bewertung militärischer Optionen gegen das Nuklearprogramm des Iran.**
Beiträge: Hermann Hagena, Ernst Woit, Dresden 2006, 22 Seiten; 2,00 Euro.

Heft 82: Siegfried Schönherr, **Neuer Imperialismus - neue Formen der Rüstungsfinanzierung**, Dresden 2007, 40 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 83: **Ideologie des neuen Imperialismus und ihre Positionen zu Krieg und Frieden.**
11. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 18. November 2006.
Beiträge: Erich Hahn, Horst-Dieter Strüning, Wolfgang Scheler, Ernst Woit, Harry Pursche, Lothar Glaß, Siegfried Schönherr,
Dresden 2007, 60 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 84: **Traditionen in Bundeswehr und Nationaler Volksarmee.**
Beiträge: Winfried Heinemann, Paul Heider,
Dresden 2007, 32 Seiten; 2,00 Euro.

Heft 85: **Friedensdiplomatie statt Militärintervention.** Für Frieden im Nahen Osten nach dem Vorbild der KSZE,
15. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2007.
Beiträge: Steffi Belke, Wolfgang Gehrcke, Horst Schneider, Mechthild Tschierschky,
Dresden 2007, 24 Seiten; 2,00 Euro.

Heft 86: Wilfried Schreiber, **Von einer Militärdoktrin der Abschreckung zu Leitsätzen entmilitarisierter Sicherheit (1987 – 1990).** Ein Zeitzeugenbericht,
Dresden 2007, 114 Seiten; 5,00 Euro.

Heft 87: Frank Preiß, **Militärpolitik und Streitkräfte der Republik Belarus,**
Dresden 2007, 98 Seiten; 5,00 Euro.

Heft 88: Rudolf Oelschlägel, **Dien Bien Phu – Entscheidungsschlacht im Dschungel,**
Dresden 2007, 46 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 89: **Militarismus und Antimilitarismus heute.**
12. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 17. November 2007.
Beiträge: Jürgen Hofmann, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Ernst Woit, Horst Sylla,
Dresden 2008, 46 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 90: **Deutschland – europäische Zivilmacht oder weltweit agierende Militärmacht?**
16. Dresdner Friedenssymposium am 16. Februar 2008.
Beiträge: Gerda Krause, Monika Knoche, Elke Renner, Wolfgang Scheler, Horst Sylla, Horst Schneider, Dresden 2008, 34 Seiten; 2,00 Euro.

Heft 91: **Die NATO vor neuen Entscheidungen,** Beiträge vom Podium zum Weltfriedenstag am 1. September 2008 in der Dresdener Dreikönigskirche**,**
Dresden 2008, 38 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 92: **Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation,** Arbeitsübersetzung: Egbert Lemke, Frank Preiß,
Dresden 2008, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 93: **Atomwaffen und Menschheitszukunft.**
13. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 15. November 2008.
Beiträge: Volker Bialas, Ernst Woit, Horst-Dieter Struening, Wolfgang Scheler, Detlev Bald,
Dresden 2009, 54 Seiten; 3,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

http://www.sicherheitspolitik-DSS.